

# FLUCHTURSACHE REICHTUM

MIGRATION  
UND ROHSTOFFHANDEL  
IN WESTAFRIKA



medico international

# FLUCHTURSACHE REICHTUM

Rohstoffhandel und Migration in Westafrika



In dieser Broschüre werden die vielfältigen Ursachen für Migration in Westafrika beleuchtet. Anhand der drei Länder Mali, Sierra Leone und der Westsahara möchten wir zeigen, dass es paradoxerweise gerade der Reichtum an Rohstoffen ist, der Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft. Die drei Länder sind reich an Gold, Baumwolle, Diamanten und fruchtbaren Böden oder Fischbeständen. Die politische Verfasstheit dieser Länder, die Handelsinteressen der Industrienationen und der Konzerne führt jedoch dazu, dass die Bevölkerung kaum von dem Reichtum profitiert.

Verschärfend wirken die Wirtschaftsabkommen, mit denen die Europäische Union (EU) die rohstoffreichen Länder zwingt, ihre Handelsbedingungen zu liberalisieren und Exportsteuern abzuschaffen. Gemeinsam mit unseren Projektpartner/innen in Westafrika, deren Arbeit ebenfalls in dieser Broschüre vorgestellt wird, setzt sich medico international für eine faire Verteilung der vorhandenen Rohstoffvorkommen und verbindliche Regeln beim Abbau von Rohstoffen ein.

**Titel- und Rückseite:** Titel- und Rückseite: Die geschundene Erde Afrikas. Diamantengruben in Sierra Leone: Blutrote Krater, Hunderte, Tausende, zerstören den tropischen Wald und zwingen die ansässige Bevölkerung in die Städte abzuwandern oder ins Ausland zu emigrieren.  
Foto Pep Bonet / NOOR



**medico international**

# INHALTSVERZEICHNIS



Einführung

## FLUCHTURSACHE REICHTUM

4

Bodenschätze, Armut und die Bewegungen der Migration im westlichen Afrika



Mali

## AUSVERKAUF UND ABWANDERUNG

10

Wie in Mali der schrankenlose Freihandel ein menschenwürdiges Leben erschwert

### GOLDHANDEL: PROFIT AN DER BEVÖLKERUNG VORBEI

12

Der drittgrößte Goldproduzent Afrikas ist eines der ärmsten Länder der Welt

### BAUMWOLLANBAU: DEM WELTMARKT AUSGELIEFERT

18

Unfairer Handel benachteiligt bewusst afrikanische Produzent/innen



Sierra Leone

## REICHTUM OHNE WOHLSTAND

22

In Sierra Leone verhindert der Rohstoffabbau einen gerechten Frieden nach dem Bürgerkrieg



Westsahara

## RAUBFISCHEREI DURCH DIE EU

30

In der Westsahara leiden die Küstenfischer unter Europas Fangflotten



Landraub

## BIOSPRIT STATT HUNGERBEKÄMPFUNG

34

Der moderne Landraub in Afrika erzeugt neue Fluchten



Rohstoffraub

## AUF ROHSTOFFRAUB

37

Mit ihrer Rohstoffinitiative plant die Europäische Union den ungehinderten Zugriff auf wertvolle Bodenschätze

Serviceteil

ZUM WEITERLESEN

40

VERWENDETE LITERATUR

42



# FLUCHTURSACHE REICHTUM

Bodenschätze, Armut und die Bewegungen der Migration im wes

> Wenn Menschen aus unterschiedlichen Motiven für eine unbestimmte Dauer eine internationale Grenze überschreiten, um an einem anderen Ort zu arbeiten oder zu leben, dann spricht man in der Wissenschaft von Migration. Diese Wanderungsbewegungen sind für viele Menschen in Westafrika eine traditionelle Lebensweise, die in erster Linie mit den Rhythmen saisonaler Arbeit und des Handels zusammenhängt. Der Weg in die Ferne eröffnet immer wieder neue Handlungshorizonte und ist zugleich eine Strategie, die eigene Mobilität gegen gesellschaftliche Zwänge einzusetzen. Dabei nutzen die Menschen in Westafrika die Ressource ihrer Mobilität nicht nur, um unmittelbaren Gewaltverhältnissen zu entkommen, sondern

auch, um sich durch Abwanderung und Neuan-siedelung Alternativen zur Abhängigkeit von transnationalen Konzernen und lokalen Produzent/innen zu schaffen.

In dieser Broschüre werden die Migrationsbewegungen aus drei Ländern Westafrikas beleuchtet: Mali, Westsahara und Sierra Leone. Alle drei Länder sind reich an natürlichen Ressourcen. Es ist gerade dieser Reichtum an Gold, Baumwolle, Diamanten und Boden, der Migrationsbewegungen hervorruft.

Innerhalb weiter Teile des subsaharischen Afrikas sind die Grenzen der Nationalstaaten noch immer durchlässig und die Menschen-, Güter-, Ressourcen- und Waffenströme kaum ein-



Mythos Migration: Nur drei Prozent aller Afrikaner/innen leben außerhalb ihres Geburtslandes. Foto: Max Hirzel



## tllichen Afrika

geschränkt. Auch deshalb sind die unterschiedlichsten Ressourcen des westafrikanischen Raums – von Gold, Diamanten, Holz, Erdöl bis hin zu Uran und Metallen – auch für internationale Wirtschaftsinteressen bedeutsam.

### Extraktion der Ressourcen

Eine durch Wirtschaftsinteressen bedingte Migration ist exemplarisch in Sierra Leone zu beobachten. In dem kleinen westafrikanischen Land an der Atlantikküste, das zuletzt einen der furchtbarsten Bürgerkriege der jüngeren afrikanischen Geschichte durchlitt, leben beispielsweise 70 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut,

obwohl das Land reich an Diamanten, Bauxit und seltenen Metallen ist. Für den Diamantenabbau werden riesige Landflächen verpachtet oder verkauft, während die betroffenen bäuerlichen Dorfgemeinschaften lediglich mit niedrigen Kompensationszahlungen abgespeist werden. Viele wandern in die Städte ab, wie etwa die Hauptstadt Freetown, aber auch in die Nachbarländer. „Zwangsmigration ist eine Folge von Bergbauaktivitäten in Sierra Leone“, berichtet Patrick Tongu von *Network Movement for Justice and Development* (NMJD), einer Partnerorganisation von *medico international* in Sierra Leone.

Dass es paradoxerweise nicht allein die Armut, sondern gerade auch der vorhandene



Ressourcenreichtum ist, der die Abwanderung innerhalb Afrikas oder ins europäische Ausland begründet, verdeutlicht auch ein Blick ins Nachbarland Mali – der drittgrößte Goldproduzent Afrikas und zugleich eines der ärmsten Länder der Welt. Mali besitzt eine sehr lange Tradition der Migration innerhalb Afrikas und in arabische Länder, die sowohl aus der schwachen Wirtschaft, als auch aus den gesellschaftlichen Traditionen einer nicht an den Nationalstaat gekoppelten

Kultur der Mobilität resultiert. Geschätzte 4 Millionen Malier/innen, ein Drittel der Gesamtbevölkerung von 12 Millionen Menschen, leben im Ausland, der Großteil davon in afrikanischen Nachbarländern.

Die anhaltende Landflucht ist auch in Mali ein Beweis dafür, dass in der Realität die neoliberalen Kreditaufgaben und Entschuldungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF), gekoppelt mit einer seit Jahrzehnten prak-



tizierten aggressiven Freihandelspolitik, längst die Herrschaft übernommen haben und von einer eigenständigen staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr die Rede sein kann. Hinzu kommen zahlreiche bilaterale Wirtschaftsabkommen mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die die betroffenen afrikanischen Länder zwingen, die Rahmenbedingungen für Investitionen zu liberalisieren, und europäischen Unternehmen den Zugang zu den lokalen Märkten zu eröffnen.

Die aufgehobenen Exportrestriktionen schaffen in Mali und der gesamten westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht „mehr Markt“, sondern verknappen die ohnehin beschränkten regionalen Handlungsspielräume weiter und treffen besonders die Agrarwirtschaft. Geht es nach der EU, sollen weder Steuern auf Importe erhoben noch die lokale Landwirtschaft subventioniert werden. Die Agrarsubventionen, mit denen die EU ihre eigenen Bauern und Bäuerinnen unterstützt, bleiben von derartigen Liberalisierungsmaßnahmen hingegen unbehelligt. So werden die Märkte Malis und anderer Länder Westafrikas mit Gütern aus der hoch subventionierten europäischen Agrarindustrie überschwemmt: Milchpulver, Eier und Fleisch, sogar tiefgekühlte Hühnerflügel werden gehandelt.

Das Regime des Freihandels entzieht dem Land aber auch den Zugriff auf seine Ressourcen und führt zu Migration. Die Goldexporte aus Mali machen z.B. 75 Prozent der gesamten Exporte aus, der Goldhandel trägt aber nur zu 8 Prozent des malischen Bruttoinlandsproduktes bei. Die Gründe für diese vermeintliche Paradoxie liegen im Wesen des neoliberalen Marktes: weit-

gehende Öffnung des Goldsektors für ausländische Investor/innen bei gleichzeitiger Ausweitung der industriellen Goldproduktion, dazu extrem rentable Produktionskosten durch Niedrigslöhne und maximale Steuer- und Handlungsfreiheit für private Unternehmer.

Viele Malier/innen verlassen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen und der Umweltverschmutzung in den Bergbaugebieten die rohstoffreichen Regionen. Samba Tembely, Sprecher der kritischen malischen *Coalition des Alternatives Africaines Dette et Développement* (CAD) weist auf einer Versammlung der malischen Zivilgesellschaft auf diesen eklatanten Widerspruch hin: „Mali konsumiert, was es nicht produziert und produziert, was es selber nicht konsumiert. Dies führt zur Verarmung unserer Bevölkerung, zu der Plünderung unserer Ressourcen und verunmöglicht alle Perspektiven einer wirklich demokratischen Veränderung. So wird unser Land in Abhängigkeit und Unterdrückung gehalten.“

#### Landraub und Agrartreibstoffe

Die Krise der internationalen Finanzmärkte hat in den letzten Jahren diesen Armutstrend verstärkt, da unterbrochenes Wachstum die Investitionen stocken und in Wirtschaftssystemen ohne staatliche Regulationsmechanismen den Hunger zusätzlich anwachsen lässt. Nahezu unbeachtet und im Schatten der Finanzkrise haben sich die Getreideimporte nach Angaben der Food and Agriculture Organization (FAO), der Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen, in den letzten Jahren um bis zu 50 Prozent verteuert: Weizen, Reis und Mais sind zum neuen Öl geworden. Die Gründe für diese Nahrungsmittelkrise liegen in einer von den USA und der EU jahrzehntelang durchgesetzten Politik, in der internationale Institutionen wie Weltbank und IWF die afrikanischen Länder zwangen, die staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft zu streichen und die lokale Agrikultur in die globale Wirtschaft zu integrieren. Als Resultat wird Getreide exportiert, die regionalen Märkte zerfallen, die Landflucht verstärkt sich.

Die hohen Weltmarktpreise führten auch dazu, dass Länder mit knappem Ackerboden und Wasser versuchen, Land im Ausland zu kaufen. Der hohe Anstieg der Weltmarktpreise für Lebensmittel ist zum Teil auch Spekulationskäufen geschuldet, die die EU und die USA mit ihren neuen „Biosprit“-Richtlinien ausgelöst haben. Die FAO bezeichnet dieses von Finanzinvestoren und transnationalen Konzernen betriebene „Land Grabbing“ als neue Form des Kolonialismus. Das Ergebnis sind Boden- und Wasserkonflikte sowie eine verstärkte Migration in den städtischen Raum.

Die ärmsten Länder wie Mali oder Niger sind auf den Import von Nahrungsmitteln angewiesen und bleiben den Preisschwankungen des globalen Marktes schutzlos ausgeliefert. Die enormen Preissteigerungen der Lebensmittel im letzten Jahrzehnt drückten vor allem in Afrikas Städten fast 150 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze.

Weltweit entstehen Bewegungen, die sich für eine bedarfsgerechte Landwirtschaft einsetzen: In Sierra Leone kämpfen Aktivist/innen gegen die weitere Beschlagnahmung ihres Bodens. Erkrankte nicaraguanische Zuckerrohrarbeiter/innen fordern mit internationaler Unterstützung einen Importstopp für Agrotreibstoffe, solange die agroindustrielle Produktion von Pflanzen zur Energiegewinnung Nahrungsmittelverknappung und Hunger zur Folge hat, zu Umweltzerstörung und Gesundheitsschäden für die lokale Bevölkerung führt.

### Das leer gefischte Meer

Entlang der westafrikanischen Küste verloren Fischer/innen in den vergangenen Jahren durch internationale Fischereiabkommen und die industrielle Fischerei zunehmend ihre ökonomischen Grundlagen. Es ist in erster Linie die EU, die die Existenz westafrikanischer Fischer/innen mit industriellen Fangmethoden ruiniert hat. Zuerst wurden den Regierungen der Küstenländer – oftmals unter Druck – die Fischereirechte abgekauft. Dann holten hoch technisierte, steuersubventionierte Fischereiflotten in kürzester Zeit mehr Fisch

aus dem Wasser als die Einheimischen dies in Jahrzehnten vermocht hätten. Besonders gilt dies für die Küste der von Marokko völkerrechtswidrig besetzten Westsahara. Hier wird den ansässigen Fischer/innen nicht nur von der EU, sondern auch von marokkanischen Trawlern das Meer leer gefischt. Viele der um ihre Verdienstmöglichkeiten gebrachten Fischer/innen sehen keine andere Möglichkeit, als ihre Boote an Flüchtlinge zu vermieten oder zu verkaufen oder gar selbst die gefährliche Fahrt in Richtung kanarische Inseln anzutreten. So sorgt die EU indirekt selbst für seeerfahrene „Reiseunternehmer/innen“ und Bootsflüchtlinge.

### Schreckensszenario Migration

Flucht und Migration innerhalb des afrikanischen Kontinents und entlang der südlichen Grenzregionen der Europäischen Union sind die Folge einer Globalisierung, deren Akteur/innen an den Ressourcen und Märkten des afrikanischen

Mali: Landflucht infolge von europäischen Billiglebensmitteln. Foto: Leona Goldstein



Kontinents interessiert sind, nicht aber an seiner Bevölkerung.

Weil Mali auch ein Transitland für viele Migrant/innen aus den südlichen Teilen Westafrikas ist, hat die europäische Außenpolitik das Land als Laboratorium ihres Migrationsmanagements ausgewählt. Dabei hat die alte Kolonialmacht Frankreich das frankophone Westafrika und besonders Mali immer schon als historische Sonderwirtschaftszone betrachtet. Doch seitdem das Reservoir der billigen afrikanischen Arbeitskräfte nicht mehr benötigt wird und das Schengener Abkommen im Jahre 1990 die Visumsfreiheit für Frankreich beendete, dient Mali nur noch als erweiterte Banlieue, als Randgebiet, in das die überflüssigen „Papierlosen“ aus Europa abgeschoben werden.

In den Fernseh- und Zeitungsberichten erscheint dieses Randgebiet des subsaharischen Afrikas vielfach als von Gewalt zerrissener Kontinent, dessen wachsende Bevölkerung versucht, dem Hunger durch Abwanderung zu entkommen. In dieser Darstellung entsteht das

Schreckensszenario barfußiger und zerlumpter Massen, die an den Toren des Westens rütteln.

Die europäische Politik und das Agieren von internationalen Unternehmen wird dabei meist genauso ausgeblendet wie der Umstand, dass die Mehrheit aller Afrikaner/innen, selbst diejenigen, die nicht in ihrem Heimatland leben, nicht die Absicht haben, ihren Kontinent zu verlassen. Insgesamt leben überhaupt nur drei Prozent aller Afrikaner/innen als Migrant/innen außerhalb ihres Geburtslands. Dem entspricht, dass das Hamburger WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) die Zahl der Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in der gesamten Europäischen Union (EU) auf gerade mal drei bis sechs Millionen Menschen schätzt. Die angebliche Fluchtbewegung der afrikanischen „Massen“ nach Europa ist eine ideologische Behauptung, die auch dem Zweck dient, ganze Bevölkerungsgruppen in materieller Unsicherheit zu belassen, indem ihre Menge und ihre virtuellen Forderungen nach Rechten – letztlich ihre bloße Existenz – als Bedrohung begriffen werden.



# AUSVERKAUF UND ABWANDER

Wie in Mali der schrankenlose Freihandel ein menschenwürdig



> Mali ist der drittgrößte Goldproduzent Afrikas und seine Baumwollproduktion ist die zweitgrößte in Subsahara Afrika. Besonders die Region entlang des Niger bietet fruchtbares und landwirtschaftlich nutzbares Land. Dennoch gehört Mali zu den ärmsten Ländern der Welt – große Teile der Bevölkerung leben unter äußerst prekären Bedingungen und leiden unter Mangelernährung. Eine Überlebensstrategie ist unter diesen Umständen die Migration. Die chronische Armut und die klimatisch äußerst schwierigen Bedingungen hatten schon vor der Kolonialzeit zu einer meist temporären Migration geführt. Während der Zeit der kolo-

nialen Besetzung Frankreichs (1893-1960) konnten in Mali Wanderbewegungen innerhalb des Landes festgestellt werden.

Heute bieten hauptsächlich der landwirtschaftliche Sektor in der Baumwoll- oder Reisproduktion und die Goldminen Beschäftigungsmöglichkeiten. Überall dort kommt es zu einem Zuzug von Arbeitskräften, die auf ein Beschäftigungsverhältnis hoffen. Gleichzeitig ist aber auch eine bedeutende Abwanderung aus landwirtschaftlich nutzbaren und goldreichen Regionen feststellbar. Vielen Menschen wird durch den Bau von Minen und den damit einhergehenden Vertreibungen die

Ungewisse Zukunft: Fehlende Einkommensmöglichkeiten erhöhen den Druck das Land zu verlassen. Foto: Leona Goldstein

# UNG

es Leben erschwert



Lebensgrundlage entzogen. Hinzu kommen die sinkenden Baumwollpreise, die immer mehr Menschen zwingen, entweder in den urbanen Zentren oder aber im Bergbausektor Arbeit zu suchen. Rund 20% aller Migrantinnen und Migranten wandern dauerhaft ins Ausland aus oder in eine andere Region innerhalb des Landes ab.

## Mali als Emigrationsland

Mali gehört zu den wichtigsten „Arbeitskraft-exportierenden“ Ländern Westafrikas. Demographisches Wachstum, Armut, zunehmende Arbeitslosigkeit und schwierige klimatische Bedingungen tragen dazu bei, dass viele Malier/innen sich entscheiden, von ländlichen in städtische Regionen, in andere afrikanische Länder oder weiter in Richtung Europa zu migrieren. Die Mehrheit der Auswanderer und Auswanderinnen bleibt innerhalb Westafrikas. Die meisten leben in der Elfenbeinküste, Burkina Faso, Guinea, Nigeria und in Ghana.

Wenige nur versuchen nach Europa zu gelangen. Diejenigen, die die Reise wagen, verlassen das Binnenland Mali meist in Richtung Atlantikküste: Die wichtigsten Transitländer sind Mauretanien und Senegal. Von hier aus versuchen die Migrant/innen in überfüllten Booten bis zu den kanarischen Inseln zu gelangen und von dort aus europäisches Festland zu erreichen. Mali wurde auch zunehmend zum Transitland für andere subsaharische Migranten auf ihrem Weg nach Europa. Viele Migrant/innen und Flüchtlinge bleiben jedoch in den Transitländern stecken. Wichtigster Grund hierfür ist die immer effizientere Grenz-



## Mali – Demokratie von Unten

Nach Erlangung der Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich im Jahr 1960 war Mali als Einparteiensstaat nach sozialistischem Vorbild verfasst. Massenproteste führten 1991 zum Sturz der Regierung. Der Übergangsregierung unter Führung von General Amadou Toumani Touré gelang ein Übergang zur Demokratie. Formal verfügt das Land über alles, was eine Demokratie ausmacht. Dennoch kann von realer Partizipation nicht die Rede sein. Die Tatsache, dass in der Nationalversammlung Französisch gesprochen wird, verdeutlicht den Ausschluss vieler Malier/innen von politischer Beteiligung. Nur eine Minderheit spricht die Kolonialsprache. Mali ist dennoch demokratisch organisiert, wenn man außerhalb der formalen Regierungsinstitutionen sucht. Politische Dezentralisierung und eine wache Zivilgesellschaft äußern sich in diversen Basisstrukturen, die auf Mitbestimmung zielen. Kein anderes afrikanisches Land verfügt über so viele freie Radiostationen wie Mali. Viele öffentliche Aufgaben wurden von der Regierung an die Kommunen übertragen: Schulen, Strassen, Wasser, Abfallentsorgung werden auf lokaler Ebene organisiert. Auch wenn die finanziellen Mittel nicht ausreichen, die zur Umsetzung der öffentlichen Dienste benötigt werden, findet die Partizipation auf kommunaler Ebene große Zustimmung. In Mali wird Demokratie von unten gelebt.

überwachungspolitik der Europäischen Union. Die EU versucht seit Jahren strategisch wichtige Herkunfts- und Transitländer in ihr „Migrationsmanagement“ einzubinden.

# GOLDHANDEL: PROFIT AN DER BEVÖLKERUNG

Der drittgrößte Goldproduzent Afrikas ist eines der ärmsten Länder

> Die Einnahmen aus der Goldförderung sind seit den 1990er Jahren mit 75% der gesamten Exporte die größte Einnahmequelle Malis. Paradoxerweise trägt der Goldhandel aber nur 8% zum Bruttoinlandsprodukt des Landes bei: Die ersten Investoren in der industriellen Goldproduktion Mitte der 1990er Jahre waren südafrikanische Unternehmen. Heute ist Mali der drittgrößte Goldproduzent Afrikas und der neuntgrößte der Welt. Ermöglicht wurde dies durch die Liberalisierung des Investitionsregimes in den 1990er Jahren und die damit verbundene Öffnung des Goldsektors für ausländische Investoren. Eine immer größer werdende industrielle Goldproduktion führte zu immensen Produktionssteigerungen. Die Ware Arbeitskraft wurde immer überflüssiger. Auch die niedrigen Löhne und die großen Steuererleichterungen für die Unternehmen trugen zur Senkung der Produktionskosten bei.

## Enteignungen und Vertreibungen

Für den Abbau des Goldes werden riesige Flächen benötigt, die dann für den Anbau von Lebensmitteln nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Ab-

bau geht mit erzwungener Migration durch Vertreibung und Enteignung der lokalen Bevölkerung einher. Im malischen Bergbaugesetz von 1999 wird zwar festgehalten, dass kein Boden ohne die Zustimmung der Besitzerin oder des Besitzers enteignet werden darf, zugleich können Landbesitzer/innen gezwungen werden, gegen eine Entschädigung den eigenen Boden zur Verfügung zu stellen. Im Landgesetz heißt es, dass Landenteignungen dann stattfinden können, wenn dies im öffentlichen Interesse geschieht. Die Auslegung dessen ist allerdings nicht klar geregelt. Außerdem fallen die gesetzlich festgeschriebenen Entschädigungszahlungen von Region zu Region unterschiedlich aus und sind meistens sehr gering.

Ergänzend zu den Entschädigungsleistungen für die von einer Landnahme betroffene Bevölkerungsgruppe sehen die Gesetze auch zwei Mechanismen vor, wie die lokale Bevölkerung von dem Geschäft des Unternehmens profitieren soll: Zum einen sollen die Konzerne Steuern an die lokale Regierung abgeben und zum anderen sind die Unternehmen aufgefordert, Entwicklungsprogramme für die Bevölkerung in der Region umzusetzen. Doch da die steuerlichen Verpflichtungen der Unternehmen äußerst gering



medico-Partner vor Ort

## AME – Soforthilfe und An

> Die Organisation der Ausgewiesenen Malis (Association Malienne des Expulsés – AME) wurde 1996 von abgeschobenen Migrant/innen gegründet, um weiteren unfreiwilligen Rückkehrer/innen, die gewaltvoll in ihren Heimatstaat oder in ein Land, das sie auf ihrer Reise durchquert haben, zurück verfrachtet wurden, eine erste Anlaufstelle zu bieten. Am Flughafen von Bamako und an der algerisch-malischen Grenze organisiert die AME, die seit 2008 von medico international unterstützt wird, medizinische Hilfe, Rechtsbeistand, eine Notunterkunft oder das Fahrtgeld in den jeweiligen Heimatort für die meist völlig mittellosen Abgeschobenen.

Ousmane Diarra, Präsident der AME, auf dem Weltsozialforum in Dakar/Senegal (2011). Foto: Leona Goldstein

# NG VORBEI

er der Welt

sind (s. Seite 34), fallen auch die Abgaben an die lokalen Regierungen geradezu unbedeutend aus. Auch die Entwicklungsprogramme, deren Ausgestaltung allein den Unternehmen vorbehalten ist, erwiesen sich als nicht besonders effektiv oder gar negativ in ihren Auswirkungen für die Bevölkerung. Die Projekte sind außerdem kurzfristig angelegt und stehen im Kontrast zu den teilweise auf 99 Jahre erteilten Lizenzen der Bergbauunternehmen.

## **Abwanderung aufgrund schlechter Lebensbedingungen**

Neben den direkten Vertreibungen durch den Bau von Goldminen und den damit einhergehenden Enteignungen ist eine kontinuierliche Abwanderung aus goldreichen Gebieten festzustellen. Die Lebensbedingungen der Menschen in goldreichen Regionen verschlechtern sich mit dem Bau neuer Minen. Zwar könnten Goldminen potentiell Arbeitsplätze schaffen und dem Staat durch Steuern zu einem höheren Einkommen verhelfen. In Mali blieben diese Effekte jedoch aus. Wo liegen die Ursachen hierfür?

## waltschaft

Neben der konkreten Einzelfallhilfe setzt sich die AME im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit sowie in internationalen migrationspolitischen und globalisierungskritischen Netzwerken für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant/innen ein. Sie fordert in vielen öffentlichen Aktionen das „Recht zu gehen und das Recht zu bleiben“ ein. Sie kritisiert dabei nicht nur die Inhumanität des europäischen Grenzregimes, sondern fordert angesichts des globalen Warenverkehrs und einer neoliberalen europäischen Wirtschaftspolitik ihrerseits das freie Recht des Aufenthalts und der Bewegung – auch nach Europa.

Die privaten Unternehmen genießen eine große Handlungsfreiheit. Als die Weltbank in den 1990er Jahren damit begann, das Bergbaugeschäft in Afrika unter einer Entwicklungsperspektive zu betrachten, plädierte sie für die Privatisierung des Sektors. Investitionen, Technologien und Management-Qualifikationen sollten auf diese Weise in die Rohstoffländer gelockt werden. In Mali war der Einfluss der Weltbank auf die Bergbaugesetzgebung klar spürbar. Unter anderem wurde die staatliche Beteiligung an den Minen auf 20% begrenzt und Steuererleichterungen für Unternehmen eingeführt. Der Goldsektor wird von ausländischen Investoren dominiert. Aufgrund der enormen Steuerentlastungen und der günstigen Produktionsbedingungen ist das malische Gold für Unternehmen das rentabelste in ganz Afrika.

Die Goldgewinnung stellt in Mali einen isolierten Wirtschaftszweig dar, der keine stimulierenden Effekte auf den Rest der Wirtschaft hat. Die Exportorientierung auf Rohgold verhindert die Weiterverarbeitung des Rohstoffes im Landesinneren, was die Schaffung weiterer Arbeitsplätze, technologische Investitionen und Infrastrukturentwicklung ermöglichen würde. Sogar die Technologie zur Förderung sowie Dienstleistungen zur Wartung der Minen werden zum größten Teil importiert.

## **Lebensgefährliche Arbeitsplätze**

Die Schaffung von Arbeitsplätzen wird von Minenbetreiber/innen als Legitimationsgrund aufgeführt, in einer Region tätig zu werden. Ein vorgeschobenes Argument: In Mali waren 2007 nur ca. 12.000 Personen in der Goldgewinnung beschäftigt (im Baumwollsektor sind es 3 Millionen). Die Rechte der wenigen Menschen, die eine Anstellung gefunden haben, werden oftmals missachtet.

Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge gehört die Arbeit in den Minen zu den gefährlichsten auf der ganzen Welt, ohne dass hier Gefahrenzulagen bezahlt werden. Die Arbeiter/innen leben unter schlechten hygienischen Bedingungen, nicht selten in Lagern in der Nähe der Mine. Sie werden kaum an dem erwirt-

schafteten Profit beteiligt und außerdem nicht selten in ihrem Versammlungsrecht beschnitten, um eine gewerkschaftliche Organisation zu verhindern. Das zum Schürfen von Gold benutzte Quecksilber hat katastrophale Auswirkungen für die Gesundheit. Das tägliche Einatmen des Staubes und der giftigen Ausdünstungen führt zu Tuberkulose, Silikose, Bronchitis oder Lungenkrebs.

Die Landschaft rund um die Minen wird zerstört. Es kommt zu Abholzungen, einer Verminderung der Fauna aufgrund von Dämpfen sowie der Verschmutzung des Grundwassers und der Luft. Auch der Boden ist durch Öl und Benzin verunreinigt. Die Schließung von Minen hatte oft den Exodus von ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeitern zur Folge, da eine Rückkehr zu Landwirtschaft aufgrund des degradierten Bodens nicht möglich ist.

### **Ressourcenreichtum zwingt zur Flucht**

Die Goldmine in Kayes und die Morila Mine südlich der Hauptstadt Bamako sind die größten Minen Malis. Die Mehrheit der Anwohner/innen im ländlichen Bereich sind Bauern und Bäuerinnen,

die Hirse, Mais, Erdnüsse und Reis anbauen. Die meisten Haushalte halten außerdem Vieh für den Eigenkonsum. Dennoch kann sich die Bevölkerung meist nicht selbst versorgen. Bevor die Mine in Kayes 1996 in Betrieb genommen wurde, stellte die alluviale (vgl. S. 28) Gewinnung von Gold aus den Flüssen, Bächen und Gruben eine zusätzliche Einkommensquelle für die Bewohner/innen dar. In Gebieten, für die Konzessionen zur industriellen Förderung vergeben wurden, ist diese Art der Goldgewinnung verboten worden.

Im Umfeld der Minen leidet eine ungewöhnlich hohe Anzahl von Personen an Lungenerkrankungen, zudem sind viele Missbildungen zu beobachten. Auch das Recht auf individuelle Sicherheit wird bedroht, da die lokale Polizei in Mali häufig von den Bergbauunternehmen finanziert wird.

Beim Bau beider Minen kam es zur Vertreibung vieler Bauern und Bäuerinnen; manchmal waren ganze Dörfer betroffen. Zwar konnten sie Entschädigungen beim Bergbauunternehmen einklagen, diese fielen allerdings sehr gering aus. Die Vertreibung führte zur Verelendung der Bevölkerung: Die Flächen, die den Bauern als Kom-

## „Verletzte Löwen beißen“

Fassery Traoré, Sprecher der Streikenden der Goldmine Morila, im Gespräch mit Mamadou Konaté (Mitglied der medico-Partnerorganisation AME)

### **> Konaté: Herr Traoré, können Sie uns als ehemaliger Arbeiter und Beteiligter am Streik der Goldmine Morila die allgemeine Situation in den Goldminen in Mali erläutern?**

Traoré: Die Grundrechte der Arbeiter/innen in den Goldminen werden nicht respektiert: Verträge werden gefälscht, die Arbeiter/innen werden nicht am Gewinn beteiligt, die Fahrzeuge der Angestellten erfüllen nicht die Sicherheitsstandards und es gibt keinen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Es gibt bereits Todesfälle aufgrund fehlender ärztlicher Betreuung. Auch Vergewal-

tigungen von Frauen wurden bekannt. Zudem sind 12 Stunden Arbeit pro Tag viel zu lang. Die internationalen Arbeitsrechte werden nicht respektiert. Umweltverträglichkeitsnormen werden vollkommen ignoriert: Das Gelände ist mit Zyanid verseucht, die Staubbelastung ist hoch. So verschlechtern sich die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung. Für den Goldabbau werden ganze Bevölkerungsgruppen vertrieben.

### **Was sind die Ursachen für die Misere?**

Mali selber kontrolliert nur 20% des gefördert

pensation angeboten wurden, waren meist weniger fruchtbar und befanden sich weit vom Dorf entfernt.

Der Rohstoffreichtum zwang viele Menschen zur Flucht: Bei zwei von drei Haushalten der Region Kayes lebt ein Familienmitglied im Ausland. Das entspricht 5-6% der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und ist zugleich die höchste Rate des Landes. Für viele Familien sind die Rücksendegelder von Familienmitgliedern im Ausland eine überlebensnotwendige Einkommensquelle, in manchen Regionen ist sie gar der größte Entwicklungsfaktor.

Frankreich stellt für viele malische Ärzt/innen und Krankenpfleger/innen die wichtigste Migrationszielregion dar. Der damit verursachte „Brain Drain“, also die Abwanderung hochqualifizierter Menschen, schwächt zudem den Gesundheitsfaktor Malis in hohem Maße.

**„Es gibt nichts absurderes, als zahllose Menschen zu zerstören, indem sie gezwungen werden, aus dem Inneren der Erde Gold und Silber abzubauen. Metalle, die in sich selber absolut unbrauchbar sind und die nur deshalb Wohlstand bedeuten, weil sie als ein Symbol des Reichtums auserwählt wurden.“**

**Montesquieu: Persische Briefe**



Vorindustrieller Goldabbau in Mali. Foto: medico

Goldes und das sträfliche Verhalten der Unternehmen wird nicht geahndet. Wie soll man weiterhin auf eine Verbesserung der Situation hoffen, wenn diejenigen, die unsere Erde ausbeuten, gar von Steuern befreit werden und kostenlos Zugang zu unseren Ressourcen erhalten? Der Reichtum Malis hängt nicht von den Vorkommen unter der Erde des Landes ab, sondern von der Kraft seiner Bürgerinnen und Bürger, ein selbstbestimmtes Leben einzufordern, in dem sie nicht ausgebeutet werden. Die Unternehmen gebärden sich immer gewaltsamer. Es kommt zu willkürlichen Verhaftungen. Schon lange ist der Zeitpunkt erreicht, das Wort zu ergreifen und unser Recht auf Freiheit zu verteidigen. Eine Freiheit, die auch fünfzig Jahre nach der Unabhängigkeit Malis nicht erreicht ist.

**Denken Sie, dass die von Ihnen beschriebene Situation auch mit dem ländlichen Exodus und der Emigration der jungen Malier/innen zu tun haben könnte?**

Selbstverständlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der inakzeptablen Situation und der massiven Emigration junger Malier/innen. Die Lebensbedingungen der malischen Bevölkerung verbessern sich nicht und die jungen Menschen sehen sich gezwungen, ihr Glück im Ausland zu suchen. Oftmals werden zahlreiche Minenarbeiter/innen von den Unternehmen auf einen Schlag entlassen. Die Arbeitslosen müssen aufbrechen, um andernorts Beschäftigung zu finden. Die Emigration stellt für sie eine Möglichkeit dar, ihren Problemen vorerst zu entkommen.

## „Im Scheitern lag ein Anfang“

Interview mit Romeo Boukar, der nach seiner Abschiebung die Selbsthilfeorganisation ARARCEM (Association des Refoulés d’Afrique Centrale au Mali) in Bamako (Mali) gegründet hat.

**> Ein großes Problem der Migrant/innen ist, dass sie oft im Transit stecken bleiben oder direkt abgewiesen werden und dies dann als individuelle, persönliche Schuld wahrnehmen. Kannst du ein Beispiel nennen?**

Boukar: Diese Erfahrungen habe ich als Migrant selbst gemacht. Als ich vor fünf Jahren nach Mali kam war ich lustlos und hatte keinerlei Perspektive. Meine Versuche, nach Europa zu migrieren, waren gescheitert und ich suchte den Grund für die verweigerte Migration bei mir selbst. Erst durch die Arbeit mit ARARCEM konnte ich meine Probleme in etwas Positives umwandeln. Dabei stellte ich fest, dass es nicht die einzelnen Europäer/innen sind, die uns die Einreise verweigern, sondern die europäische Politik. In Zusammenarbeit mit europäischen Partner/innen versuchen wir bei ARARCEM den anderen Migrant/innen zu erklären, dass es nicht ihre eigene Schuld ist, die zum Scheitern ihrer Migrationsversuche führt, sondern die der europäischen Migrationspolitik.

**Die Polizei soll gerade in jüngster Zeit massiv gegen Migrant/innen vorgehen, auch in Mali.**

Das kann ich bestätigen. Ich selbst wurde schon sechs Mal von der Polizei aufgehalten. Grundproblem ist aber vor allem die latente Fremdenfeindlichkeit. Immer, wenn sich an einem Ort mehrere Ausländer/innen versammeln, macht sich unter der einheimischen Bevölkerung Angst breit und die Polizei wird gerufen. Das liegt aber auch an den mangelnden Integrationsbemühungen gegenüber den Migrant/innen.

**Kannst du dir erklären, weshalb die Polizei so häufig und rabiat gegen Migrant/innen vorgeht?**

Gerade in letzter Zeit hat die Zahl der Migrant/innen vor allem in den Städten sehr schnell

und sehr stark zugenommen. Da werden bestehende Vorurteile und Ängste schnell größer und die Migrant/innen noch stärker ausgegrenzt. Dann ist es einfacher, sie hinter Gitter zu bringen als sie zu integrieren, zumal sich die Polizist/innen durch Bestechungsgelder ein Zubrot verdienen können.

**Welche Erfahrungen hast du selbst als Migrant gemacht bis du in Mali gelandet bist und die ARARCEM gegründet hast?**

Nachdem mein Vater ein Jahr zuvor gestorben war, habe ich 2004 mein Studium aufgegeben und Kamerun mit meinem Bruder verlassen. Als professioneller Fußballer habe ich dann zunächst in der Ersten Liga von Benin gespielt. Über ein kurzes Engagement bei einer Fußballmannschaft in Niger kamen mein Bruder und ich schließlich nach Algerien. Dort ist uns dann die Idee gekommen, nach Europa auszuwandern. Deshalb sind wir nach Marokko gefahren und haben dort 2005 mit vielen anderen Migrant/innen versucht, die spanische Exklave Melilla zu stürmen. Von den Verletzungen, die ich mir bei dieser Aktion an den Stahlzäunen zuzog, sind heute noch immer die Narben an Armen und Beinen zu sehen. Nach zwei Monaten im Gefängnis wurden mein Bruder Patrice und ich schließlich aus Marokko nach Mali abgeschoben und mit ein- bis zweitausend anderen Migrant/innen an der Grenze ausgesetzt. Zu Fuß sind wir in kleinen Gruppen ins 265 Kilometer entfernte Kita gelaufen und von dort mit Lastwagen nach Gao gefahren. Von den 30 Personen unserer Kleingruppe, sind am Ende nur 17 angekommen. Die anderen haben wir entweder verloren oder sind gestorben.

**Was geschah dann nach deiner Ankunft in Gao?**

In Gao angekommen, wurden wir alle von der Polizei registriert. Alle unsere Namen wurden



medico-Partner vor Ort

## ARACEM – Das Haus der Solidarität

auf einen Zettel geschrieben und, mit einem Stempel versehen, für alle kopiert. Mit diesem Behelfsausweis sind wir weiter nach Bamako, wo wir, nach knapp zwei Monaten auf der Straße, ein verlassenes Haus gefunden haben, das sich bereits andere Migrant/innen als Unterkunft genommen hatten. Auf einem Forum, das zum Gedenken der toten Migrant/innen abgehalten wurde, habe ich viele Europäer/innen getroffen, die mir empfahlen, eine Organisation zu gründen, die die Interessen der Migrant/innen gebündelt vertritt. Zusammen mit Patrice habe ich schließlich in 2006 ARACEM gegründet, die nach einigen formalen Querelen 2007 auch vom Staat als legale Organisation anerkannt wurde. Damals war ich 17. Seitdem widmen wir uns den Problemen von Migrant/innen in und um Bamako. Das heißt, wir sorgen für Unterkunft, Ernährung und medizinische Versorgung. Nach sieben Monaten hatten wir bereits 1.300 Migrant/innen betreut. Wir haben einen Ort geschaffen, an dem die Menschen aufgefangen werden können.

Das Interview führte Martin Glasenapp während des Weltsozialforums 2011 in Dakar, Senegal.

> ARACEM kümmert sich in Bamako, der Hauptstadt Malis, um die zahlreichen Migranten aus den zentralafrikanischen Ländern, die oftmals auf dem Weg nach Nordafrika und dem Mittelmeer den Transitraum Mali durchqueren, oder die aus Europa abgeschoben wurden und nun in Bamako festsitzen. Der Flughafen Bamako ist das Drehkreuz für fast alle Migranten, die aus dem frankophonen Europa nach Westafrika abgeschoben werden. Erschwerend für diese Unglücklichen kommt hinzu, dass nur wenige der zentralafrikanischen Länder (Kamerun, beide Kongos, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Gabun) in Bamako eine Botschaft unterhalten. Wer also mittellos nach Bamako abgeschoben wurde, ist auf die Solidarität anderer angewiesen. Die ARACAM gründete sich genau aus dieser Erfahrung. Es war auch eine Reaktion auf die Geschehnisse in Ceuta und Melilla im Jahr 2006, wo bei einer Massenflucht nach Europa Hunderte Menschen verletzt wurden und Dutzende ums Leben kamen. Für die vielen Migrant/innen, die nach ihren misslungenen Versuchen, die europäischen Exklaven zu erreichen, teilweise in der Wüste ausgesetzt werden, stellt ARACEM eine erste Anlaufstation dar. Dort werden sie mit einer Unterkunft, Lebensmitteln und dringend benötigten Medikamenten versorgt. medico unterstützt ARACEM seit 2009.

# BAUMWOLLANBAU: DEM WELTMARKT AUSGEL

Unfairer Handel benachteiligt bewusst afrikanische Produzent/innen



> Mali ist das zweitgrößte Baumwollerzeugerland in Afrika. Der Anbau des „weißen Goldes“ ist seit den 1960er Jahren der wichtigste landwirtschaftliche Produktionszweig des Landes. Obwohl Baumwolle das zweitwichtigste Exportgut des Landes ist, gelten 80% der Baumwollbauern und -bäuerinnen als arm.

1960 erlangte Mali seine Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich. Die malische Unabhängigkeitsregierung verfolgte ab 1960 eine staatssozialistische Politik, die Folgen für den Baumwollsektor hatte. Er wurde von der *Gesellschaft für die Entwicklung der Textilindustrie* (CMDT), an der sowohl die malische Regierung als auch die CFDT (ein französisches halbstaatliches Unternehmen) beteiligt waren, zentralistisch

organisiert. Die Gesellschaft erfüllte sowohl ökonomische als auch soziale Aufgaben. Über 95% der Baumwollwirtschaft wurde von der CMDT kontrolliert, was den Produzent/innen die Sicherheit gab, dass ihre produzierte Rohbaumwolle zu einem stabilen Preis gekauft wurde. Der Anbau von Baumwolle stellte für Mali wie auch für andere Länder Westafrikas eine wichtige Strategie zur Minderung ländlicher Armut dar.

Der Versuch Malis, nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch unabhängig zu werden, erwies sich jedoch als schwierig: Nach Erlangung der Unabhängigkeit führte mangelhafte Organisation die nationale Wirtschaft in eine anhaltende Krise; der neu eingeführte malische Franc musste mehrfach abgewertet werden; das

Baumwollfarmer in Mali: Nach der Zwangsprivatisierung kein Auskommen mehr. Foto: Reuters



starke Bevölkerungswachstum, Dürreperioden und eine einseitige Förderung der Industrie auf Kosten des Agrarsektors machten das Land zunehmend abhängig von Nahrungsmittelimporten. Die Folge: Mali geriet in eine schwere Schuldenkrise.

### Neuer Preismechanismus im Baumwollsektor

Die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) entwickelten Strukturanpassungsprogramme, zu denen sich die malische Regierung aufgrund der Kreditaufnahme zur Begleichung von Schulden gezwungen sah, zielten auf eine Privatisierung des Baumwollsektors. Ein Prozess, der Ende der 1990er einsetzte und sich gegen den Widerstand von Produzent/innen und Bauernverbänden durchsetzen konnte. Die Vermarktung des Saatgutes wurde liberalisiert; die Produktion von Baumwolle sollte wettbewerbsfähiger für den Weltmarkt gemacht werden. Zentrale Bestandteile der Reformen waren die Einführung eines neuen Preismechanismus (s.u.) und die Privatisierung der CMDT. Die ersten Folgen des Privatisierungsprozesses waren die Verkleinerung der Gesellschaft und die Aufgabe ihrer sozialen Funktionen. Für die Bedürfnisse der besonders verwundbaren Baumwollbauern und -bäuerinnen hatte die Umstrukturierung des Sektors verheerende Konsequenzen, wie das Beispiel des neuen Preismechanismus verdeutlicht:

Strukturanpassung bedeutet im Kern die Anpassung der heimischen Wirtschaftsstrukturen an die vom Weltmarkt diktierten Produktpreise. Genau diese Funktion sollte ein neuer Mechanismus zur Festlegung des Baumwollpreises erfüllen.

Von 1989 bis 2000 war der Sektor in Mali auf der Basis eines festgelegten Grundpreises für

**„Wenn Mali auf dem Weltmarkt Baumwolle anbietet und die USA zugleich ihre Baumwolle auf demselben Markt subventionieren, dann müssen die malischen Bauern und Bäuerinnen – ohne staatliche Subventionen – zu einem sehr geringen Preis Baumwolle produzieren. Weder der malische Staat, noch die malischen Bauern und Bäuerinnen können über den Preis entscheiden. Das Geld, was die Bauern und Bäuerinnen für ihre Baumwolle erhalten, ernährt sie nicht. Zugleich wird der malische Staat daran gehindert, die eigene Rohbaumwolle weiter zu verarbeiten.“**

**Samba Tembely, Coalition des Alternatives Africaines Dette de Développement (CAD)**

Baumwolle organisiert. Ein Stabilisierungsfonds ermöglichte es, einen garantierten Mindestpreis für die Erzeuger/innen von Rohbaumwolle aufrecht zu erhalten. Missmanagement und die Schwächung des Sektors durch fallende Baumwollpreise führten jedoch 1999 zur Auflösung des Fonds. Infolgedessen wurde auf Druck des IWF ein neuer Preismechanismus eingeführt. Dieser koppelte den Baumwollpreis enger an den Weltmarktpreis, was zum Sturz des Baumwollpreises führte. Die Formel, die den Preis von nun an festsetzte, berücksichtigte kaum mehr die Produktionskosten der Bauern und Bäuerinnen – die Baumwollproduzent/innen wurden somit den unsicheren Weltmarktpreisen ausgesetzt. In den Folgejahren verringerten sich die Einkommen der Produzent/innen, viele mussten den Baumwollanbau aufgeben. Verschuldung und Ernährungsunsicherheit sind das Ergebnis des neuen Preismechanismus.

### Baumwollsubventionen

Die malischen Baumwollbauern und -bäuerinnen sind auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig. Dies ist auch auf die hohen Agrarsubventionen der USA (als größtem Baumwollexporteur), Chi-



Die Frauen bleiben. Dorf im ländlichen Mali. Foto: Leona Goldstein

Folgen zu tragen: Immer mehr Baumwollbauern und -bäuerinnen können ihren Lebensunterhalt allein mit dem Anbau von Baumwolle nicht mehr bestreiten. Unzählige Bauern und Bäuerinnen mussten infolge der Liberalisierung des Sektors und der Unsicherheit aufgrund der schwankenden Weltmarktpreise den Anbau von Baumwolle einstellen. In Mali existieren rund 200.000 familiäre Betriebe, die auf zwei bis drei

nas und der EU zurückzuführen. Ohne die Baumwollsubventionen würde das Einkommen der westafrikanischen Baumwollproduzent/innen um 250 Millionen US-Dollar pro Jahr steigen. Die EU-Baumwollsubventionen führen zu einer Reduktion des jährlichen Einkommens um 38%.

Seit den Strukturanpassungsmaßnahmen der 1990er Jahre verschlechterten sich die Handelsbedingungen für die afrikanischen Produzent/innen. Die asymmetrischen Handelsbeziehungen im globalen Baumwollhandel trugen dazu bei, dass auch die größere Nachfrage in China seit 2001 die Verluste nicht mehr ausgleichen konnte. Brasilien, Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad drängten die Welthandelsorganisation (WTO), die Abschaffung der Baumwollsubventionen anzugehen. Weder die EU noch die USA veranlassten jedoch grundlegende Schritte in diese Richtung.

### Flucht vor der Perspektivlosigkeit

Aufgrund der Privatisierung und der stark schwankenden Baumwollpreise wurde der Sektor erheblich geschwächt. Insbesondere die Verbände der Bauern und Bäuerinnen und Gewerkschaften hatten sich lautstark gegen die Privatisierungen des Sektors gewehrt und haben nun die

Hektar Land Baumwolle anbauen. Beim Vertragsanbau verkaufen die Produzent/innen ihre Baumwollernte nicht auf dem freien Markt, sondern verpflichten sich zu einer langfristigen Abgabe ihrer Produkte an Großhändler/innen. Ein solcher Vertrag kann einerseits eine stabile Abnahme sicherstellen, andererseits aber zu massiven Abhängigkeiten führen, bis dahin, dass die Händler/innen den Bauern und Bäuerinnen Produktionsweise und Verwendung von Hybridsaatgut und Pestiziden vorschreiben. Viele Bäuerinnen und Bauern müssen sich verschulden, um die teuren Produkte kaufen zu können.

Noch problematischer ist der industrielle Anbau von Baumwolle: Hier werden riesige Mono-

## medico-Partner vor Ort

### Veränderungen von Unten



Die medico-Partnerorganisation *Association Malienne des Expulsés (AME)* recherchierte, unter welchen Bedingungen der Anbau von fair und ökologisch produzierter Baumwolle den Menschen eine neue Lebensgrundlage bieten könnte, um durch sozio-ökonomische Veränderungen die Auswanderung junger Malier/innen zu stoppen. Die Initiative von MOBIOM (Mouvement Biologique Malien), der über 6.000 Kleinbauern angehören und die eng mit Organisationen wie der AME zusammenarbeitet, versucht den Baumwollanbau von teuren Saatgutsorten und Pestiziden unabhängig zu machen und trägt mit ihrer Biobaumwolle auch dazu bei, das Recht zu bleiben umzusetzen.

kulturen angelegt. Es kommt häufig zur Vertreibung von lokalen Bäuerinnen und Bauern, wenn ganze Gebiete von meist ausländischen Unternehmen für die Produktion gepachtet werden. Monokulturen haben zahlreiche Schattenseiten: Die Massenproduktion hinterlässt ausgelaugte Böden, durch Pestizide verschmutztes Grundwasser und manche Bauern und Bäuerinnen tragen Vergiftungen davon. Ein Viertel aller weltweit verwendeten Insektizide wird auf Baumwollfeldern eingesetzt.

### Zu- und Abwanderung

In der bereits erwähnten Region Sikasso wird der Großteil der malischen Baumwolle angebaut, die Region ist zugleich die ärmste des Landes. 1998 gehörte Sikasso zu den wenigen Regionen in Mali, die Zuwanderung von größerem Ausmaß erfuhr. Insbesondere saisonale Arbeitsmigration in die Anbaugelände konnte verzeichnet werden. Viele Menschen entschieden sich, dauerhaft in der Region zu bleiben.

Durch die Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen und die hohen Subventionen der EU und der USA sanken die Einkommen in vielen Haushalten von Baumwollproduzent/innen. Damit änderte sich auch die Richtung der Wanderungsbewegungen: Saisonale und dauerhafte Migration

**Bis in die 1980er Jahre bauten Bauern und Bäuerinnen in Mali ca. 5 % Baumwolle an und zu 95% Nahrungsmittel. Nach der Liberalisierungspolitik der internationalen Finanzinstitutionen ist es umgekehrt. Nun müssen sie Baumwolle verkaufen, um sich selber Reis und Hirse zu kaufen. So wird eine perfide Abhängigkeit erzeugt, die die Bauern immer abhängiger vom Weltmarkt macht.**

**Samba Tembely, Coalition des Alternatives Africaines Dette de Développement (CAD)**

aus der Region heraus nahm rapide zu. Andere Einkommensquellen mussten gefunden werden. Meist migrieren junge Männer, die den Familien als Arbeiter in der Baumwollproduktion verloren gehen, weil sie keine Lebensperspektive mehr in der Region entwickeln können.

Zusammengefasst heißt das, dass die unfairen Handelsbedingungen, die die EU gegenüber den afrikanischen Staaten durchsetzt, zu den wichtigsten Gründen für Migration aus Mali gehören. Zugleich treibt die EU ihre immer restriktivere Einwanderungspolitik voran: Sie schottet ihre Grenzen ab, wodurch die Fluchtrouten immer riskanter werden und tausende afrikanische Migrant/innen den Tod finden. Sie fliehen aus einer Misere, die nicht zuletzt durch die rücksichtslose Außenwirtschaftspolitik der Europäischen Union verschlimmert wird.

### **Interview mit Mitgliedern der Association de Jeunes Refoulés originaires de la commune de Yanfolila**

*„Wir sind junge Malierinnen und Malier, die 2005 aus Ceuta und Melilla abgeschoben wurden. Nachdem wir wieder in unserer Region angekommen waren, haben wir eine Selbsthilforganisation gegründet. Wir wollen die Kräfte bündeln, um den Behörden konkrete Vorschläge zu machen und Unterstützung zu erhalten. Wir wollen hier bleiben und arbeiten, um uns eine Zukunft hier im Land zu ermöglichen. Nachdem unsere Organisation vom Präfekten anerkannt wurde, haben wir einen Antrag auf die Kultivierung eines Stückes Land gestellt. Mit dem Stück Land versuchen wir, uns Schritt für Schritt Arbeitsgeräte zu kaufen, denn ohne*

*Karren, Ochsengepann oder Sämaschinen ist es sehr schwer, gute Ernten zu erzielen. Wir wollen uns aber dem Programm von MOBIOM anschließen.“*

### **Interview mit einem Verantwortlichen von MOBIOM**

*„Die Bio-Produktion hat den Produzent/innen eine sichere und befriedigende Einkommensquelle ermöglicht; auch im Hinblick auf den Kaufpreis der Bioprodukte und die gerechten Gebühren. Das stellt für viele junge Menschen heute einen Grund dar, in den Dörfern zu bleiben und hier zu arbeiten. Die Arbeit dient zwei Interessen zugleich, da sie die Ausbildung der jungen Malier/innen verbessert und zugleich die Bio-Kooperativen finanziell gestärkt werden.“*

# REICHTUM OHNE WOHLSTAND

In Sierra Leone verhindert der Rohstoffabbau einen gerechte

> Das westafrikanische Land Sierra Leone verfügt über bedeutende mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe. Die Vorkommen an Diamanten, Gold, Bauxit, Rutil, aber auch das fruchtbare Land und die maritimen Ressourcen entlang der 400 Kilometer langen Atlantikküste könnten einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten. Tatsächlich aber leben über 70% der annähernd fünf Millionen Einwohner/innen Sierra Leones unter der Armutsgrenze. Anhand des lukrativen Diamantenhandels und der zunehmenden Veräußerung von Ackerland an internationale agroindustrielle Konzerne, das sog. *Land Grab-*

*bing*, lässt sich zeigen, in welcher Weise der Ressourcenreichtum Sierra Leones zu Flucht, Vertreibung und Migration beiträgt und welche Handlungsperspektiven sich für die Menschen in den betroffenen Ländern ergeben.

## Diamanten: Symbol für Hoffnung und Bürgerkrieg

Die Ausbeutung der Bodenschätze in Sierra Leone begann in den 1930er Jahren und stellt bis heute die größte Einkommensquelle des Landes dar. Insbesondere in den 1950er Jahren kam es zu einer Jagd auf die Edelsteine, die mit einer massiven Einwanderung in die östlichen Diamantengebiete einherging. Ende der 1960er Jahre erreichte die Förderung mit jährlich rund zwei Millionen Karat (das entspricht einem Wert von 400 Millionen US-Dollar) ihren Höhepunkt. In den Jahrzehnten, die folgten, nahm die Förderung wieder ab – bis zum Beginn des Krieges.

Von 1991 bis 2002 wurde in Sierra Leone ein grausamer Bürgerkrieg ausgetragen. Sowohl die Rebellenbewegung *Revolutionary United Front* (RUF) wie auch die Regierung finanzierten ihre Waffen und Truppen durch den Handel mit Diamanten. Die Edelsteine sind die konzentrierteste Form von Reichtum; sie sind leicht zu schmuggeln, überall zu verkaufen und bildeten so den Motor dieses Krieges. Während der Kämpfe kamen mindestens 20.000 Menschen zu Tode, Tausende wurden grausam verstümmelt und etwa die Hälfte der Bevölkerung (2,6 Millionen Menschen) wurde Opfer interner Vertreibungen.

Internationale Diamantenkonzerne machten lukrative Geschäfte in Sierra Leone und stabilisierten so die Kriegsökonomie. Alle Kriegsparteien waren für ihren Waffennachschub auf Geldmittel angewiesen. Die internationalen Abnehmer/innen sicherten diese Finanzierung, indem sie den Kriegsparteien den Zugang zu globalen Märkten öffneten. Im Gegenzug profitierten die internationalen Konzerne von den günstigen

## Die begehrtesten Edelsteine der Welt

> Diamanten bestehen aus dem härtesten Material der Welt – reinem Kohlenstoff – und bilden sich bei großem Druck weit unter der Erdoberfläche. Die Qualität und der Wert eines Diamanten wird anhand der vier 4 Cs bestimmt: Cut (Schliff), Colour (Farbe), Clarity (Reinheit) und Carat (Gewicht). Erst mit dem Kimberley-Prozess (s.u.) kam ein fünftes C hinzu: Conflict (Konflikt).

Beim alluvialen Abbau lösen sich Diamanten durch natürliche Erosion von alleine aus dem Gestein. Die häufigsten Arbeitswerkzeuge der alluvialen Förderung sind Schaufeln und flache Wannen zum Auswaschen der Diamanten. Die Schürfer/innen stehen den ganzen Tag im Wasser und sieben auf der Suche nach Diamanten bei sengender Sonne den Sand. Dabei erkrankten viele Menschen an Malaria, weil sie bis zu den Hüften in Wasserlöchern stehen.

Der Kimberlit-Bergbau zielt hingegen auf die Ausbeutung von Diamantenvorkommen in tieferen Gesteinsschichten. Die Bergarbeiter/innen müssen Tunnel in das Vulkangestein graben. Das ist riskant und führt immer wieder zu tödlichen Unfällen und zu Umweltschäden. Hier werden besonders häufig Kinder eingesetzt, weil sie aufgrund ihrer Größe in die entlegensten Ecken kriechen können und zudem billige Arbeitskräfte sind.

Diamantenschürfer erhalten oft nicht mehr als eine Schale Reis am Tag für ihre schwere Arbeit. Foto: medico

## n Frieden nach dem Bürgerkrieg

Preisen für die begehrten Rohdiamanten, die in diesem Zusammenhang auch „Konfliktdiamanten“ genannt werden.

### Proteste gegen den Handel mit Konfliktdiamanten

Die brutalen Bürgerkriege in Sierra Leone, in der Demokratischen Republik Kongo und in Angola führten dazu, dass der Handel mit Konfliktdiamanten international angeprangert wurde. Ende der 1990er Jahre lancierte medico gemeinsam mit weiteren Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen die Kampagne *Fatal Transactions*, die das



### Sierra Leone – Neuanfang mit Hindernissen

Die Wahl von Präsident Ernest Bai Koroma vom *All People's Congress (APC)* in 2007 war die erste Wahl seit dem Abzug der UN-Truppen und damit ein Test für den Versöhnungsprozess und die Festigung des Friedens im Land. Von Stabilität kann jedoch noch nicht die Rede sein. Günstlingswirtschaft und Korruption prägen die politische Landschaft.

Sierra Leone gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Ein dauerhafter Frieden in Sierra Leone ist nur durch eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums möglich. Noch immer aber ermöglicht es die sierra-leonische Regierung internationalen Unternehmen, darunter auch der Diamantenindustrie, ihre Gewinne abzuschöpfen, ohne auf die Grundbedürfnisse der lokalen Bevölkerung oder der Minenarbeiter/innen Rücksicht nehmen zu müssen.



Ende des Handels sowie eine faire Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums forderte. Die Industrie zeigte sich empört über die Kritik; viele Menschen im Westen waren indes schockiert über die Gewalt in den diamantenreichen Ländern Afrikas und setzten sich für das Ende des Handels mit Konfliktdiamanten ein.

Der Protest gegen die Diamantenindustrie, die seit den 1990er Jahren die afrikanische Kriegsökonomie florieren ließ, führte im Jahr 2000 zum Kimberley-Prozess. Ziel war es, den Handel mit Konfliktdiamanten durch die Einführung eines Zertifikates zu beenden. Dieses Ziel wurde er-

reicht. Mit dem Kimberley Prozess Zertifizierungssystem (KPCS) werden jedoch nur Diamanten aus Bürgerkriegszonen erfasst, nicht jedoch die Edelsteine, die unter menschenrechtswidrigen Bedingungen abgebaut werden.

### Von Konfliktdiamanten zu Diamantenkonflikten

Auch nach dem Ende des Krieges bleibt der Diamantenabbau ein intransparenter Wirtschaftssektor in Sierra Leone. Die Regierung ist in erster



Die Mitarbeiter/innen der medico Partnerorganisation NMJD setzen sich für Rohstoffgerechtigkeit ein. Foto: medico

## medico-Partner vor Ort

# NMJD – Rechtshilfe und Konfliktprävention

> Der medico-Partner *Network Movement for Justice and Development* (NMJD) gehört zu den zentralen Akteuren der sierra-leonischen Zivilgesellschaft, die sich für strukturelle Veränderungen in Sierra Leone einsetzen und über die negativen Auswirkungen der Politik von Bergbauunternehmen berichten. Die Aktivist/innen setzen sich seit Jahren dafür ein, dass Einnahmen aus dem Rohstoffabbau auch den betroffenen Gemeinden zugute kommen. Die Kolleg/innen waren maßgeblich am Zustandekommen des Rahmenabkommens für internationale Unternehmen beteiligt. Die Grundidee des Netzwerkes ist dabei – mit nationalen Ge-

setzen, ihrer aktiven Durchsetzung durch juristische Begleitung vor Ort und internationalen Abkommen – dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbeutung der einheimischen Rohstoffe soziale Entwicklung befördert. Doch die medico-Partner/innen beschränken sich nicht auf Lobby-Arbeit in der Hauptstadt. Seit vielen Jahren arbeiten sie in der abgelegenen Provinz Kono, in der oft andere Regeln gelten als in der Stadt. Die Provinz Kono war ein zentraler Schauplatz des Bürgerkrieges, weil es hier erhebliche Diamantenvorräte gab. Der einstige Brotkorb Sierra Leones wurde durch den Kampf um die Rohstoffe und ihre potentiellen Verwertungsmög-

Linie an einem schnellen Geldfluss interessiert und vergibt Förderlizenzen ohne lange Verhandlungen und zu günstigen Konditionen an die Diamantenindustrie. Während andere Länder Ausfuhrsteuern in Höhe von bis zu 10% erheben, verlangt Sierra Leone lediglich 3%. Des Weiteren werden die Steine von den Diamantenfirmen bewusst unterbewertet, um die späteren Gewinne zu maximieren. Auch die Schürfkosten für Diamanten sind extrem niedrig, weil die Arbeiter/innen sehr schlecht bezahlt werden (s.u.) und die Bergbaugesellschaften kaum in die Infrastruktur investieren.

- **2007 wurden sierra-leonische Diamanten im Wert von 141 Millionen US-Dollar exportiert, wovon der Großteil aus alluvialem Abbau stammte.**

lichkeiten auf dem Weltmarkt zum Armenhaus des Landes. Auch heute überleben die Menschen unter unerträglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die nationalen und internationalen Rohstoffförderer/innen bestimmen das Leben der Menschen. Enteignungen von Land sind an der Tagesordnung. Es herrscht vielerorts ein System der Willkür.

Die durch Sprengungen für den Diamantenabbau entstandenen Krater fressen sich bis ins Zentrum der Provinzhauptstadt Koidu und es wird weiter gesprengt. Die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen schrumpfen und erhöhen die Abhängigkeit von der Arbeit in den Minen. Die Menschen in Koidu berichten, dass die Anwohner/innen zu spät oder gar nicht über die bevorstehenden Sprengungen informiert werden.

In Kono stehen die Mitarbeiter/innen des NMJD Ratsuchenden, die in Landfragen und Schürfrechten, aber auch bei häuslicher Gewalt und Unterhaltsverpflichtungen Hilfe brauchen, mit Laienjurist/innen und Beratungsbüros zur Seite. „Denn“, so Patrick Tongu vom NMJD, „die Kontrolle über den Besitz natürlicher Ressourcen war und bleibt eine Konfliktquelle in Sierra

- **120.000 Personen sind direkt in den Abbau involviert, rechnet man die Familienangehörigen mit ein, dann überleben 500.000 Menschen von den Erlösen.**
- **2005 standen die sieben wichtigsten Exporteur/innen mit einem jeweiligen Profit von 1,5 Millionen US-Dollar etwa 120.000 Schürfer/innen gegenüber, die auf lizenziertem Land einen jeweiligen Profit von ca. 125 US-Dollar erzielten.**

Um nach Diamanten zu schürfen, werden große Landflächen von Unternehmen gekauft oder gepachtet. Selten handelt es sich hier um brachliegendes und unbewohntes Gelände: Häufig werden ganze Dörfer umgesiedelt, Menschen von ihrem Land gewaltsam vertrieben und mit geringen Kompensationszahlungen gefügig gemacht.

Leone. Aufgrund der Unwilligkeit der Regierung, ihre Bergbaupolitik zu verändern und besser zu koordinieren, können die Gemeinden in den Diamantenregionen nicht von ihrem Reichtum profitieren.“

Dem setzt das Netzwerk eine exemplarische Arbeit entgegen. Es bildet Laienjurist/innen („*Paralegals*“) aus und richtet Büros ein, in denen die Menschen kostenlos juristische Beratung erhalten. Die Lai/innen aus den Gemeinden werden in elementaren rechtlichen Fragen sowie in Konfliktlösungsmethoden ausgebildet, damit sie Ratsuchenden beistehen können, einen Weg zur Verteidigung ihrer Rechte und zur Klärung von Konflikten zu finden. Die Themen, die sie dabei bewältigen müssen, sind höchst unterschiedlich. Eine Enteignung von Land durch große Unternehmen kann genauso dazu gehören wie die Klärung von Familienstreitigkeiten und Unterhaltsverpflichtungen. Zudem sollen die *Paralegals* darauf hinwirken, dass staatliche Stellen ihren Verpflichtungen gegenüber den Kommunen nachkommen. Um ihre Position in den traditionellen Gemeinden zu stärken, gibt es ein Aufsichtskomitee aus erfahrenen und weithin anerkannten Respektpersonen, das bei Konflikten vermittelt.

## Arbeitsmigration und Vertreibungen

Der lange Bürgerkrieg in Sierra Leone führte zu einer politischen Instabilität, die das Land bis heute prägt und anhaltende Migrations- und Fluchtbewegungen verursachte. Während der Kampf um den Zugang zu den Diamantenvorkommen zur Finanzierung des Bürgerkrieges Tausende Menschen in die Flucht trieb, führte in der Zeit nach dem Krieg die Erschließung neuer Minen zur Vertreibung ganzer Dörfer, in deren Böden die kostbaren Edelsteine vermutet werden.

„Zwangsmigration ist eine Folge von den Schürftaktivitäten in Sierra Leone“, berichtet Patrick Tongu von *Network Movement for Justice and Development* (NMJD), einer Partnerorganisation von *medico international* in Sierra Leone. Ganze Dorfgemeinschaften werden von Bergbauunternehmen gewaltsam von dem Land, das bereits ihre Ahnen bewohnt und bewirtschaftet

haben, vertrieben. Viele Menschen verlieren ihren Ackerboden und ihren Wohnraum – ein schmerzhafter Einschnitt für die Betroffenen auch in kultureller und psychologischer Hinsicht.

In Sierra Leone ist zudem eine rege Arbeitsmigration zu beobachten. Die Mehrheit der Bevölkerung ist im landwirtschaftlichen Sektor tätig. Aber immer weniger Menschen in den ländlichen Regionen können ihren Lebensunterhalt alleine durch die Arbeit auf dem Feld bestreiten. Die bittere Armut Sierra Leones zwingt einen Großteil der Bauern und Bäuerinnen, sich in den Diamantenminen zu verdingen: Viele Menschen versuchen, die kleinbäuerliche Wirtschaft durch die Arbeit in einer Diamantenmine zu ergänzen oder gänzlich als Schürfer/innen zu arbeiten.

Bereits in den Jahrzehnten vor dem Bürgerkrieg führte die Abwanderung in die Diamantenabbaugebiete zu einer strukturellen Ernährungsunsicherheit im Land. Zum einen wurde



landwirtschaftlich nutzbare Fläche durch den großflächigen Abbau der Edelsteine verwüstet und unbrauchbar gemacht. Zum anderen verloren viele Familien wichtige Arbeitskräfte in der Subsistenzlandwirtschaft durch Abwanderung. Die Folge: Die Nahrungsmittelproduktion verringerte sich in den 1960er Jahren so stark, dass Reis importiert werden musste. Diese Entwicklung setzt sich bis heute fort.

Frauen und Mädchen sind in und um die Diamantenminen meist als Hilfskräfte tätig, die Verpflegung und Wasser für die Arbeiter/innen bereitstellen, oder aber sie verkaufen sich als Prostituierte. Viele Frauen bewirtschaften zudem weiter das Land, das sie bei zunehmender Abwanderung männlicher Familienmitglieder nahezu allein bestellen und verwalten müssen.

Die Lebensbedingungen der in den Diamantenminen Beschäftigten sind in jeder Hinsicht menschenunwürdig. Kinderarbeit gehört zur Regel. In den Abbaugebieten der Region Kono im Osten Sierra Leones sind 47% aller Kinder und Jugendlichen gezwungen, in Minen zu arbeiten, um ihre Familien finanziell zu unterstützen. Im Durchschnitt verdienen die meisten Beschäftigten weniger als einen US-Dollar pro Tag. Manche werden sogar nur mit einer Tagesverpflegung (Reis) bezahlt.

Diamanten passieren mehrere Zwischenhandlungsstufen, bis sie zu den Exporteur/innen gelangen. Von Stufe zu Stufe in der Kette werden immer höhere Profitmargen abgeschöpft, um schlussendlich auf den zahlungskräftigen Exportmärkten den höchsten Gewinn abzuwerfen.



**„Von klein auf habe ich nur Diamanten gekannt. Jeder von uns kennt eine Geschichte von jemandem, der durch den Fund eines wertvollen Diamanten sein Leben verbessern konnte. Deshalb gehe ich jeden Tag los und hoffe, etwas zu finden. Ich bekomme für meine Arbeit pro Tag 2.000 Leone (einen halben US-Dollar) und eine Handvoll Reis. Ich habe Schmerzen am ganzen Körper und ich weiß, dass diese Arbeit nicht gut ist für mich und meine Brüder.“**

**Jugendlicher in einem Workshop von NMJD und Street Kids International**

### **Bergbaukonzerne fördern soziale Ungerechtigkeit**

Seit einigen Jahren ist die *Koidu Holdings Limited* (KHL) in der diamantenreichen Region Kono im Osten Sierra Leones aktiv. Wer sich hier gegen Vertreibungen wehrte, wurde weder finanziell entschädigt, noch wurde ihm neues Land gewährt, sondern er oder sie wurde nicht selten unter



## Das Kimberley Prozess Zertifizierungssystem

> Das 2003 in Kraft getretene Kimberley Prozess Zertifizierungssystem (KPCS) verpflichtet Staaten zu innerstaatlicher Kontrolle des Diamantenhandels und dazu sicherzustellen, dass sämtlichen Versendungen von Rohdiamanten ein anerkanntes Zertifikat beiliegt. Mit diesem wird versichert, dass die Diamanten, die international gehandelt werden, keine Konfliktdiamanten sind. Überwacht wird die Einhaltung der Verpflichtung zusätzlich von einem internationalen Gremium.

**„Der Kimberley-Prozess ist keine Menschenrechtsorganisation.“**

**Bernard Esau, ehem. KP Chair 2009**

Der Stein des Glücks. Foto: medico

Gewaltanwendung verjagt oder gleich inhaftiert. Bei einer Demonstration gegen die Missachtung ihrer Rechte durch Koidu Holdings schoss das Sicherheitspersonal in die Menge und tötete dabei zwei unbewaffnete Zivilist/innen. Weitere Personen wurden schwer verletzt. Das NMJD machte solange Druck, bis die Regierung eine Kommission zur Untersuchung der Vorfälle einsetzte. Koidu Holdings versprach daraufhin die Wiedersiedelung der Vertriebenen künftig verantwortungsvoll zu gestalten. Allerdings bahnen sich neue Konflikte an, weil Uneinigkeit darüber herrscht, welchen Personen Ersatzwohnraum zusteht und welchen nicht.

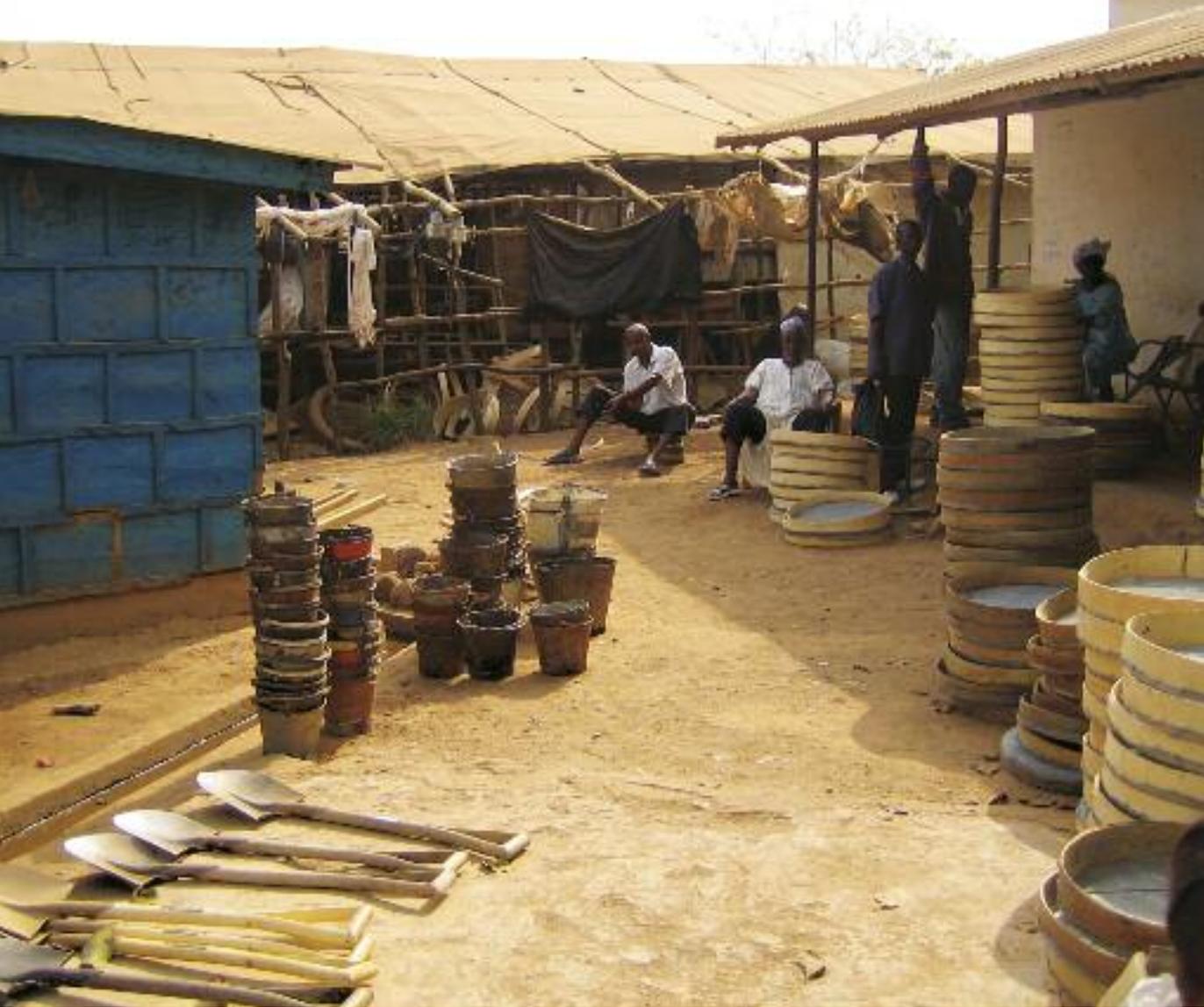
Die Kombination aus extremer Ausbeutung, Rechtsunsicherheit und mangelnder Versorgung der Opfer schafft so die Voraussetzungen für erneute Konflikte. Gemeinsam mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und den UN hat NMJD daher ein Abkommen entworfen, das die internationalen Unternehmen verpflichten soll, für eine gerechtere Verteilung der Gewinne zu sorgen.

## Schwachstelle Kimberley-Prozess

Zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Gruppen in Sierra Leone und anderen afrikanischen Ländern, die für die Teilhabe an dem Erlös aus dem Rohstoffhandel streiten, setzt sich medico für einen fairen Ressourcenhandel ein.

Beispielhaft hierfür steht das Thema Konfliktdiamanten, das durch die von medico international initiierte internationale Kampagne *Fatal Transactions* ins öffentliche Bewusstsein gebracht wurde. In vielen Ländern begannen Menschen bei Juwelier/innen kritisch nachzufragen, woher die Diamanten stammen, unterstützten die Kampagne und übten als kritische Käufer/innen Druck aus. Die Kampagne setzte die Industrie so stark unter Druck, dass diese sich gezwungen sah, an dem Kimberley-Prozess (KP) zur Beendigung des Handels mit Konfliktdiamanten mitzuwirken.

Die breite öffentliche Kritik am Handel mit Konfliktdiamanten und der Kimberley-Prozess bewirkten, dass die Geschäfte mit Diamanten von



vormals zehn auf unter drei Prozent der gehandelten Steine sanken. Ein Erfolg. Allerdings ist das Problem damit nicht aus der Welt geschafft, denn das KPCS hat fundamentale Schwächen:

- **Die Definition von Konfliktdiamanten greift zu kurz, da sie auf Diamanten beschränkt ist, die von Rebellenbewegungen gehandelt werden.**
- **Die Produktionsbedingungen der Diamanten werden im KPCS nicht thematisiert. Diamanten, die zwar legal, aber mit schweren Menschenrechtsverletzungen abgebaut werden, werden nicht als Konfliktdiamanten angesehen.**
- **Das KPCS ist im engeren juristischen Sinne kein rechtlich verbindliches Abkommen,**

**es beruht primär auf Selbstverpflichtung. Daher kann es seine Wirkungskraft nur mit der aktiven Unterstützung des jeweiligen Landes entfalten.**

Unter dem Deckmantel des KPCS wird der Diamantenhandel aus Ländern mit repressiven Regierungen wie Simbabwe legalisiert, wo der Abbau mit schwersten Menschenrechtsverletzungen einhergeht und Tausende Menschen vertrieben wurden. Die Realität stellt das System als Ganzes in Frage. medico international setzt sich daher für die Erweiterung des KPCS und eine größere Rechtsverbindlichkeit ein. Dies zu erreichen wäre ein wichtiger Schritt für mehr Rohstoffgerechtigkeit.

# RAUBFISCHEREI DURCH DIE

In der Westsahara leiden die Küstenfischer unter Europas Fa

> Die Westsahara ist einer der vergessenen Orte, an dem sich die Opfer eines Konfliktes befinden, der an den Rand „erhabener zeitgeschichtlicher Aktualität“ (Milan Kundera) verwiesen wurde. Das Territorium der Sahrauis ist seit 1974 von Marokko besetzt, das die ehemalige Kolonialmacht Spanien als Besatzerin des Gebietes beinahe Übergangslos ablöste.

Die Republik Westsahara existiert vor allem als Diaspora im Exil. Ein Großteil der Bevölkerung lebt nach wie vor im von Marokko besetzten Teil rechtlos, in Armut und ohne Zukunftsperspektiven. Die Menschen werden von Geheimdiensten schikaniert, inhaftiert und gefoltert. Nach Osten trennt sie eine 2.700 Kilometer lange Sperrmauer von jenen 100.000 Sahrauis, die nach Algerien vertrieben wurden. Die Flüchtlinge leben in einer kargen Geröllwüste auf algerischem Territorium in völliger Abhängigkeit von europäischer Hilfe. Sie kommen aus jenen Küstenstädten der Westsahara, die bis heute unter der Kontrolle und Vorherrschaft des marokkanischen Militärs stehen. Kontakte zwischen den Zurückgebliebenen und den Geflüchteten gibt es kaum, manche Familien sind seit über 35 Jahren zerrissen. Alle Sahrauis warten seit Jahren auf die Einlösung des Versprechens der UNO: ein freies Referendum über ihre Zukunft.

Die Westsahara ist reich an Bodenschätzen. Das Land verfügt aber nicht nur über eines der größten Phosphatvorkommen der Welt, sondern auch über einen der größten Fischbestände Afrikas in seinen Küstengewässern. Zudem werden erhebliche Erdöl- und Gasreserven entlang des über 1.000 Kilometer langen Küstenstreifens vermutet.

Marokko veräußert den Reichtum der Westsahara gewinnbringend an die Mitgliedsstaaten der EU. Rund 48 Millionen US-Dollar wurden im Jahr 2008 durch illegalen Phosphat-Export aus den besetzten Gebieten erwirtschaftet. Hinzu kommen jährlich 36 Millionen Euro, die Marokko mit der Vergabe von Fischfanglizenzen an die europäische Fischereiflotte verdient.

Internationale Konzerne untermauern mit ihren Geschäften in dem besetzten Gebiet der Westsahara den unrechtmäßigen Anspruch Marokkos auf sein Nachbarland im Süden. Die Geschäfte tragen zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung bei und treiben Tausende Einwohner/innen zur Flucht, während die EU eng mit Marokko bei der Abwehr afrikanischer Flüchtlinge kooperiert.

## Fischereiabkommen zwischen EU und Marokko

Die Meere vor der Küste Europas sind so überfischt, dass die Trawler immer weitere Distanzen auf sich nehmen, um der Nachfrage in den Mitgliedsstaaten nachzukommen. Fangrechte werden so zu einem immer kostbareren Gut. Die EU hat aus diesem Grund mit verschiedenen Staaten Fischereiabkommen abgeschlossen, um Fischfangrechte vor den jeweiligen Küsten zu erhalten. Auch die Fabrik-schiffe werden von der EU subventioniert. Die EU begründet die Erschließung neuer Fanggründe mit dem Erhalt heimischer Arbeitsplätze

Kein Fang mehr: Küstenfischer werden zu Migranten, weil Europa ihre Lebensgrundlagen zerstört. Foto: medico



# EU

## ngflotten

in der Fischereiindustrie. Ignoriert wird dabei, dass damit zugleich Existenzen in Afrika vernichtet werden.

Obwohl kein Land auf der Welt die marokkanische Annexion der Westsahara von 1976 anerkennt, verhandelt die Europäische Union mit der Regierung Marokkos über den Zugang zu den Rohstoffen des besetzten Gebietes. 36 Millionen Euro fließen seit Inkrafttreten des Fischerei-



### Westsahara – die letzte afrikanische Kolonie

**1884-1974:** Westsahara ist spanische Kolonie.

**1975:** Grüner Marsch von ca. 350.000

Marokkaner/innen in die ehemalige spanische Kolonie, um marokkanische Ansprüche auf das Territorium geltend zu machen.

**1976:** Aufteilung des Gebietes der Westsahara zwischen Marokko und Mauretanien.

**28.2.1976:** Frente Polisario (sahrauische Befreiungsfront) ruft die Demokratische Arabische Republik Sahara aus.

**1979:** Marokko annektiert nach Rückzug Mauretaniens das gesamte Gebiet Westsaharas.

**1991:** Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Marokko und Polisario: UN-Friedensmission übernimmt Überwachung des Waffenstillstands.





Republik im Exil: Sahrauische Flüchtlingslager in Algerien. Foto: medico

medico-Partner vor Ort

## Stärkung der Selbstverwaltung

> medico international unterstützt die Republik Westsahara seit dem Jahr 1976. Fast 30 Jahre lang lieferte medico Nahrungsmittel und Medikamente an jene mehr als 100.000 Sahrauis, die vor den marokkanischen Fliegerbomben und gezielten Napalmangriffen vor mehr als drei Jahrzehnten in die algerische Geröllwüste flohen. Trotz der widrigen Bedingungen schufen die Sahrauis in der Wüste eine funktionierende Selbstverwaltung. Ein schwieriges Unterfangen, denn die aus der besetzten Sahara Geflohenen sind seit mehr als drei Jahrzehnten gänzlich auf internationale humanitäre Hilfe angewiesen.

Gleichzeitig sensibilisiert medico die Öffentlichkeit für die Belange der Sahrauis durch Veranstaltungen und die Förderung eines abendfüllenden Dokumentarfilmes über die Geschichte der Westsahara. medico wird den Flüchtlingen auch zukünftig zur Seite stehen und das bewährte Gesundheitsprogramm weiter stärken. Die Sahrauis sind die „Vergessenen“ inmitten der Regime der nordafrikanischen Länder, die in jüngster Zeit Revolutionen, Aufstände und Krieg erleben. Sie sind diejenigen, die auf jede Solidarität, besonders aus Europa, angewiesen sind, um auch für sich ihre legitimen Bürger- und Freiheitsrechte durchsetzen zu können.

Partnerschaftsabkommens von 2007 zwischen der EU und der Besatzungsmacht jährlich nach Marokko. Als Gegenleistung wird über 100 Schiffen aus EU-Mitgliedsstaaten erlaubt, in den Gewässern der Westsahara zu fischen. Das Abkommen ist nicht nur umstritten, weil Marokko damit unrechtmäßig über die Westsahara verfügt, sondern auch weil es offen lässt, bis zu welchen Koordinaten die Fischgründe entlang der marokkanischen und westsaharischen Küste für EU-Schiffe geöffnet werden sollen.

Nicht Fahrlässigkeit führte zu diesem Versäumnis. Die EU weigerte sich bis zur Unterzeichnung, den Geltungsbereich des Abkommens geographisch klar einzugrenzen und schließt damit wissentlich die Westsahara in die Fanggebiete mit ein. Im Gegensatz zur EU hatten die USA in ihrem Freihandelsabkommen mit Marokko die internationalen Grenzen Marokkos und der Westsahara anerkannt. 2008 bestätigte der EU-Fischereikommissar, dass in den Gewässern der Westsahara gefischt werde. In einem Rechtsgutachten des Europaparlaments wurde die Fischerei in den Gewässern der Westsahara für völkerrechtswidrig erklärt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, dass der Fischfang im Rahmen des Abkommens zwischen der EU und Marokko in den Küstengewässern der Westsahara ohne Konsultation der Bevölkerung des Autonomiegebietes erfolgt. Außerdem profitiere die Bevölkerung der Westsahara nicht von der Vereinbarung und erhalte keine Einnahmen aus der Vermarktung ihrer Fischbestände. Dennoch wurde das Abkommen in 2011 von der Europäischen Kommission verlängert.

medico unterstützt die Kampagne *FISH ELSEWHERE* (s.u.) und fordert die unverzügliche Beendigung der EU-Fischerei in den Gewässern des besetzten Landes.

### Investitionen in Fisch, nicht in Menschen

Die Ausbeutung der Fischbestände vor den Küsten Westafrikas entzieht den lokalen Fischer/innen die Lebensgrundlage. Viele sehen sich zur

Migration gezwungen. Die Fischer/innen Westafrikas, die nicht mehr vom Fischfang leben können, verkaufen ihre Pirogen an potentielle Auswanderer/innen.

Das Europäische Parlament macht in einer Stellungnahme die Verbindung von Rohstoffausbeutung und Migration deutlich: „Das Europäische Parlament betont die hohe Abhängigkeit der Länder Westafrikas von der Fischerei als Quelle von Arbeitsplätzen, Ernährungssicherheit, Proteinen, Staatseinnahmen und Außenhandel, nach der eine der wichtigsten Ursachen der Auswanderung der Niedergang der lokalen Fischereiindustrie ist.“

Das Parlament fordert die Kommission auf, dringend die Verbindung zwischen der hohen Zahl von Immigrant/innen aus westafrikanischen Ländern, die in die Europäische Union einwandern wollen, und dem starken Rückgang der Fischbestände vor den westafrikanischen Küsten anzuerkennen. Das Fischereiabkommen hat tödliche Folgen: Bei der riskanten Flucht über den Atlantik kommen Tausende Menschen ums Leben.

**Am 5. Januar kam um vier Uhr morgens eine Gruppe von Bootsflüchtlingen im kanarischen Hafen von Playa Blanca an – eskortiert von einer Patrouille der Guardia Civil. 120 Kilometer trennen die frühere spanische Kolonie Westsahara von den kanarischen Inseln. Die Patera wurde etwa fünf Meilen von den kanarischen Küsten entfernt mit 32 Personen – darunter sechs Kinder – an Bord aufgefasst. Das Boot hatte rund 17 Stunden auf dem Meer getrieben. Die Flüchtlinge gaben an, aus einem Lager vor der Repression durch das marokkanische Regime geflüchtet zu sein.**

**Auch Aicha Dahane ist aus der Westsahara geflüchtet: „Niemand in Westsahara ist in die Verhandlungen der EU-Kommission einbezogen worden oder hat Arbeit gefunden aufgrund des Partnerschaftsabkommens. Die Europäische Union stellt zu wenig Mittel für die sahraischen Flüchtlinge zur Verfügung. Die EU bezahlt Marokko mehr Geld für Fischereirechte, als sie unseren Flüchtlingen in Algerien zur Verfügung stellt.“**

## Fischt woanders!

Petition fordert Ende der EU-Fischerei vor den Küsten der Westsahara



Kein Land auf dieser Welt hat die marokkanische Annexion der Westsahara anerkannt. Und doch, die EU bezahlt Millionen Euro jährlich an die Regierung von Marokko dafür, dass sie EU-Schiffen erlaubt, in den Gewässern der Westsahara zu fischen. Die Fischerei-Aktivitäten der EU müssen sofort eingestellt werden.

Marokko verweigert sich nach wie vor jeder Kooperation im Dekolonisierungsprozess in der Westsahara und widersetzt sich fortwährend den über 100 Resolutionen der Vereinten Nationen, die das Selbstbestimmungsrecht des sahraischen Volkes verlangen. Gleichzeitig verletzt die marokkanische Obrigkeit die Menschenrechte aller Sahrauris, die ihre politische Meinung frei äußern. Wie die Vereinten Nationen hat kein EU-Staat Marokkos Souveränität über die Westsahara anerkannt. Vor diesem Hintergrund ist jede Kooperation mit Marokko bei der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Westsahara hoch unmoralisch und gefährdet die Anstrengungen der Vereinten Nationen, eine friedliche Lösung für diesen Konflikt zu finden. Die EU hat die gesetzliche und moralische Verpflichtung, die Stagnation des von den Vereinten Nationen unterstützten Friedensprozesses zu beenden, indem sie das Selbstbestimmungsrecht des sahraischen Volkes über sein Land und seine Ressourcen ernst nimmt.

Wir drängen die Europäische Kommission, sofort sämtlichen europäischen Schiffen die Konzessionen zu nehmen, die Hoheitsgewässer der Westsahara abzufischen. Wir fordern die Kommission auf, sämtliche Fischerei-Aktivitäten seitens der EU in der Westsahara zu unterbinden, bis eine friedliche Lösung des Konflikts um die Westsahara verwirklicht ist.

**Informieren Sie sich über die Kampagne unter [www.fishelsewhere.eu](http://www.fishelsewhere.eu)**

# BIOSPRIT STATT HUNGERBE

Der moderne Landraub in Afrika erzeugt neue Fluchten

> Auf dem afrikanischen Kontinent werden nicht nur für den Abbau von Rohstoffen riesige Landflächen gepachtet oder gekauft, sondern auch für den Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Lebensmitteln oder sog. Biokraftstoffen für den Export. Mit dieser neuen Form der Landnahme – dem *Land Grabbing* – sichern sich reiche Länder Anbauflächen für die Herstellung von Nahrungsmitteln oder Treibstoffen für die eigene Bevölkerung. Der Handel mit Agrarprodukten verspricht aufgrund steigender Nahrungsmittelpreise hohe Profite.

Weltweit wurden allein in den Jahren 2006 bis 2009 zwischen 22 und 50 Millionen Hektar Ackerland in Afrika, Asien und Lateinamerika an ausländische Investor/innen verkauft oder auf mehrere Jahrzehnte verpachtet. In Afrika macht der Ankauf von Land durch ausländische Firmen oder durch Staatsfonds geschätzte 20 Millionen Hektar aus.

Die Festlegung der EU, dass im Jahr 2015 insgesamt 10% aller Treibstoffe aus pflanzlichen Rohstoffen gewonnen werden sollen, hat für den afrikanischen Kontinent dramatische Folgen. Um die festgelegten Richtwerte zu erreichen, benötigt die EU eine Fläche von 17,5 Millionen Hektar – mehr als die Hälfte der Fläche Italiens – die innerhalb Europas nicht verfügbar ist.

## Aktueller Kolonialismus

In Afrika dagegen kann dieser Boden noch angeeignet werden. Allerdings mit massiven Auswirkungen für die betroffene Bevölkerung: Ganze Dorfgemeinschaften werden in einigen Regionen vertrieben, ohne dass vorher eine Aufklärung stattgefunden hätte oder gar über Kompensationen für das verlorene Land verhandelt worden wäre. Die gewaltsamen Vertreibungen werden oft durch Sicherheitskräfte oder paramilitärische Gruppen durchgeführt. Sie zwingen die betroffenen Kleinpächter/innen ihr Land ohne jede rechtliche Absicherung zu verlassen. Die Landrechte

sind an den Zugang zu Wasserquellen gekoppelt – wer also sein Land verliert, verliert nicht selten auch das Recht der Wassernutzung. Die Kleinbäuerinnen und -bauern werden so gezwungen, nach neuen Anbaugebieten zu suchen. Hinzu kommen Abholzungen, eine Verringerung der Biodiversität und die Verschmutzung des Grundwassers durch den Gebrauch von Pestiziden, die die Lebensbedingungen im Umfeld von Monokulturen erheblich verschlechtern.

Die Weltbank benennt die dramatischen Auswirkungen der Landnahme: „Viele Investitionen haben die Erwartungen nicht erfüllt und hinterließen die ortsansässigen Menschen in einer schlechteren Situation als sie ohne eine Investition gewesen wären. Studien haben bestätigt, dass



Klimawandel als Katalysator. Das internationale Agrobusiness bedroht die traditionellen Anbaumethoden. Foto: Reuters

# KÄMPFUNG

in vielen Fällen die Gewinne für die Bevölkerung niedriger waren als erhofft oder sich gar nicht eingestellt haben.“

Diese Stellungnahme steht jedoch im Widerspruch zur Politik der Weltbank. Deren Landinvestitionen in Sierra Leone belegen, dass die Weltbank selbst eine Verursacherin von *Land Grabbing* ist. Die Weltbank entwickelt seit einigen Jahren Maßnahmen, die ausländische Direktinvestitionen in Sierra Leone erleichtern sollen und massive Steuersenkungen beinhalten. Die auf Initiative der Weltbank gegründete *Sierra Leone Investment and Export Promotion Agency* weist auf die Attraktivität landwirtschaftlicher Investitionen in Sierra Leone hin: Insbesondere für die Produktion von sog. Biotreibstoffen bietet

## Widerstand gegen Land Grabbing



Die Zivilgesellschaft Sierra Leones bleibt nicht tatenlos im Hinblick auf das Projekt von Addax Bioenergy und anderen Fällen von Land Grabbing. Das Dorf Lungi liegt mitten in dem Gebiet, das Addax gepachtet hat. Das fruchtbare Land wurde der Bevölkerung weggenommen, berichtet Pa Brima Serry, der Bürgermeister des Dorfes. Die Bewohner/innen fühlen sich betrogen. Eine Frau klagt über das verlorene Land und fragt sich, wie sie ihre Kinder in Zukunft ernähren soll. Auf ihren Feldern haben sie bisher Reis und Cassava angebaut. Arbeitsplätze seien ihnen versprochen worden, Entwicklungshilfe für das Dorf und zusätzliche Anbauflächen. Versprechen, die bisher nicht eingelöst wurden. Nur wenige wurden auf den Plantagen angestellt und beschwerten sich, nicht den vollständigen versprochenen Lohn erhalten zu haben.

Mit einer Kampagne kämpfen die Menschen

- gegen die weitere Beschlagnahmung von Land
- um transparente Handelverträge und
- für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region.

Außerdem fordern die Aktivist/innen die versprochenen Kompensationsleistungen durch Addax ein: den Bau eines Krankenhauses und einer Sekundarschule, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Pflasterung der Straßen und die Versorgung des Dorfes mit Elektrizität.

Weitere Infos unter: [www.madam-sl.org](http://www.madam-sl.org)



Sierra Leone große Flächen. Außerdem ermöglichen ein kommunales Bodenbesitzsystem und starke Erleichterungen durch die Regierung die problemlose Pacht von nutzbarem Boden.

### **Zwangsmigration durch Land Grabbing in Sierra Leone**

Die bisher größte landwirtschaftliche Investition in Sierra Leone tätigte der schweizerische Konzern Addax Bioenergy. Er pachtete mit Unterstützung des sierra-leonischen Präsidenten Ernest Bai Koroma 15.000 Hektar Land, auf dem für mindestens 50 Jahre Zuckerrohr angebaut werden soll, um Ethanol für den europäischen Bedarf zu produzieren. Die Kosten trägt Addax Bioenergy gemeinsam mit der Europäischen Entwicklungsbank und der African Development Bank. Auf dem Ackerboden wurde bisher Reis, Maniok und Gemüse angebaut – die Nahrungsgrundlage für 17.000 Menschen.

Mit dem Kauf der Landnutzungsrechte sichert sich Addax auch den Zugang zum nahegelegenen Rokel River. Die betroffenen Bauern und Bäuerinnen verlieren die Wasserrechte und werden gegen eine geringe Entschädigungssumme zwangsweise umgesiedelt – wenn sie nicht schon zuvor geflohen sind.

Addax bezeichnet das Pachtland in einem Gutachten als „minderwertig“, was nach Aussagen der Frauen und Männer, die das Land bestellen, nicht stimmt. In Reaktion auf die anhaltende Kritik der Landvergabe an ausländische Agrarholdings plant die Regierung Sierras in Zukunft die Bevölkerung zu beteiligen: zum einen sollen künftig Anteile in den Händen der Regierung bleiben, zum anderen sollen Kleinproduzent/innen in die Bewirtschaftung des Landes eingebunden werden. Beide Forderungen werden von Addax jedoch nicht erfüllt. Dafür genießt der Konzern die Vorteile für Agrobusiness-Investor/innen: Steuerbefreiung für zehn Jahre und Zollfreiheit für Importwaren, womit der Bevölkerung weitere Einkünfte entgehen.

### **Afrikas Böden versprechen fette Dividenden**

In Sierra Leone sind nicht mehr nur die diamantenreichen Regionen des Landes im Fokus international agierender Unternehmen; die afrikanischen Böden selbst werden zu profitablen Ressourcen. Viele Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges hat Sierra Leone weder die Opfer angemessen entschädigt, noch seine Ernährungssouveränität zurück gewonnen. Statt sich um einen am Bedarf der eigenen Bevölkerung orientierten landwirtschaftlichen Entwicklung zu bemühen, gestattet die Regierung dem internationalen Agribusiness, mit europäischen Fördermitteln Pflanzen zur Gewinnung erneuerbarer Treibstoffe anzubauen. Das Ergebnis sind nicht nur Boden- und Wasserkonflikte, sondern auch eine verstärkte Migration in den städtischen Raum. Mit dem Verlust der kleinbäuerlichen Lebensgrundlage wird ein wachsender Bevölkerungsanteil der globalen Nahrungsmittelkrise ausgesetzt.

Nach Erkenntnissen des Internationalen Forschungsinstituts für Ernährungspolitik verursachte die Nachfrage nach sog. Biokraftstoff 2009 bei Getreide einen Preisanstieg um 25 Prozent. Als „Verbrechen gegen die Menschheit“ kritisiert der UN-Experte Jean Ziegler die Produktion von Agrosprit. Der verstärkte Anbau von Mais, Weizen und Zucker zur Herstellung des „umweltfreundlichen“ Kraftstoffs treibe die Preise von Grundnahrungsmitteln, Land und Wasser nach oben und bedrohe das Leben von Millionen Menschen, die aufgrund des Anbaus von Getreide zur Energiegewinnung an Hunger sterben werden.

medico international schließt sich den Forderungen des Weltsozialforums 2011 in Dakar an und fordert ein Verbot des Anbaus von Pflanzen zur Gewinnung erneuerbarer Treibstoffe, solange Menschen an Unterernährung sterben. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, einen effektiven rechtlichen Rahmen für die Anerkennung und Regulierung von Landnutzungsrechten zu verankern.

# DIE EU NENNT ES ROHSTOFFINITIATIVE ...

## AUF ROHSTOFFFRAUB

Mit ihrer Rohstoffinitiative plant die Europäische Union den ungehinderten Zugriff auf wertvolle Bodenschätze

> Das große geopolitische Spiel um den Zugriff auf strategisch wichtige Rohstoffe hat begonnen. Weltweit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen; zu deren größten Konsumenten gehört Deutschland. Als Rohstoffimporteur und Exporteur von weiterverarbeiteten Produkten bezieht Deutschland Energierohstoffe, Metallrohstoffe und viele Industriemineralien aus mehr als 160 Ländern. Die Europäische Union (EU) fordert in ihrer neuen Rohstoffinitiative (2011) den schrankenlosen Zugang zu Rohstoffen und übt dabei massiven Druck auf die Exportländer aus.

### Die EU nennt es Rohstoffinitiative...

Die EU-Rohstoffinitiative beruht im Kern auf drei Säulen: Dem Zugang zu Rohstoffmärkten weltweit, dem Abbau von Rohstoffen in der EU und Recycling innerhalb der EU. Die Interessen europäischer Konzerne und des einflussreichen Bundesverbandes der Industrie (BDI) sind in der Initiative unübersehbar.

Viele Länder des globalen Südens sind reich an Bodenschätzen. Die Europäische Union,

mit Deutschland in der Vorreiterrolle, nötigt sie jetzt, Handelsbegrenzungen wie Exportsteuern für Rohstoffe abzuschaffen und ausländische Direktinvestitionen zu ermöglichen.

Begründet wird das aggressive Vorgehen der EU mit der Konkurrenz zu den Schwellenländern, deren wachsender Rohstoffbedarf europäische Interessen untergrabe. In der geostrategisch ausgerichteten Initiative der EU finden ökologische, soziale, politische sowie entwicklungsbezogene Belange kaum Beachtung.

### ... Wir nennen es Rohstoffraub

Viele der von der EU begehrten Rohstoffe finden sich auf dem afrikanischen Kontinent. Dort leben heute über 300 Millionen Menschen in absoluter Armut. Würdige Arbeit ist Mangelware. Millionen Menschen sterben an Krankheiten, die mit einer besseren Gesundheitsversorgung oder allein dem Zugang zu sauberem Wasser vermeidbar oder heilbar wären.

Die Ursachen hierfür sind vielschichtig und nicht ausschließlich in den Handelsbezie-

**Die Produktions- und Lebensweise der Industrienationen ist nicht gerechtigkeitsfähig. Während die EU mit der Rohstoffinitiative weiterhin die hemmungslose Ausbeutung der letzten Ressourcen betreibt, sollte ihr Ziel vielmehr die Reduzierung des übermäßigen Ressourcenverbrauchs und die Förderung eines gerechten globalen Systems zur nachhaltigen Nutzung der weltweiten Ressourcen sein.**

hungen zu suchen. Mit ihrer Rohstoffinitiative verschärft die Europäische Union jedoch die Situation. Sie nutzt Handels- und Investitionsabkommen, um sich kostengünstig den Zugang zu Rohstoffen zu sichern und Vorteile für Unternehmen herauszuschlagen; bindende Regeln für transnationale Konzerne gibt es kaum. Folgen dieser Politik sind unzumutbare Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen in den Produktionsstätten der betroffenen Länder. Die Abbaumethoden schädigen die Gesundheit der lokalen Bevölkerung, zerstören die Umwelt und machen die Böden für eine landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbar. Mit den Folgen des Raubbaus werden die Menschen allein gelassen.

Doppelzünftig hält sich die EU selbst nicht an die Vorgaben, die sie anderen Ländern

macht. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf dem Weltmarkt gewährt sie diesen finanzielle Unterstützungen für Exporte und verschärft damit die missliche Lage der betroffenen Länder des Südens.

Eine sinnvolle Steuerung des Rohstoffsektors in den betroffenen Ländern könnte dazu beitragen, die Staatseinnahmen zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen, die verarbeitende Industrie auszubauen und die Infrastruktur zu stärken. Seit langem fordern daher soziale Bewegungen aus Entwicklungsländern und die Weltgesundheitsorganisation WHO, dass die Exportsteuern erhöht werden, um mit den Einnahmen die Grundversorgung der Bevölkerung sicher zu stellen.

### **Wachstumswang und Militarisierung**

Das Wirtschaftsmodell der Industrieländer ist ressourcenintensiv und auf ständiges Wachstum angelegt. Der Glaube, dass Wirtschaftswachstum den Wohlstand steigern und gesellschaftliche Probleme lösen könne, beherrscht das Denken. Bereits jetzt konsumiert Europa ein Vielfaches der Ressourcen anderer Kontinente. Dem Wachstumsdogma und der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen verpflichtet, nimmt die Rohstoffinitiative der EU billigend in Kauf, dass den armen Ländern ihr natürlicher Reichtum entwendet wird.

Die EU verbindet ihre Forderung nach unbeschränkter Marktöffnung mit der Entwicklungspolitik. In kolonial anmutender Weise wird Entwicklungshilfe vom Zugang zu Rohstoffen abhängig gemacht. Entwicklungspolitik wird so zum willfährigen Instrument wirtschaftsliberaler Interessen.

Sogar der Einsatz von militärischen Mitteln zur Deckung des steigenden Ressourcenbedarfs ist eingeplant. Die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen“ ist bereits heute eine verteidigungspolitische Begründung für mögliche Auslandseinsätze der Bundeswehr.

## **Kritische Rohstoffe**

> Die EU zählt zwei Gruppen von Metallen zu den Kritischen Rohstoffen:

(1) Seltene Erden, eine Gruppe von 17 Metallen, darunter Yttrium oder Dysprosium, die vor allem in der Technologiebranche Verwendung finden, auch für die Herstellung moderner Waffen.

(2) Weitere 13 Metalle wie z.B. Tantalum (besser bekannt als Coltan) oder Kobalt.

Als kritisch gelten sie, weil sie ein hohes Risiko für Lieferengpässe bergen, weil der Abbau nur in wenigen Ländern stattfindet, und sie für die Wertschöpfungskette von strategischer Bedeutung sind.



**ATTAC UND MEDICO  
INTERNATIONAL  
FORDERN VON DER EU  
UND DER  
BUNDESREGIERUNG:**

- Keine Freihandelsverträge mit Entwicklungsländern abzuschließen und deren Recht zu respektieren, die Exporte selbst zu regulieren und Gesetze für Investitionen zu erlassen.
- Verbindliche Regeln für den Abbau von Rohstoffen zu erlassen, die wirksame Beschwerdemechanismen enthalten: Unternehmen müssen für die Folgen ihrer Geschäftstätigkeit international zur Verantwortung gezogen werden können. Der Import von Konfliktressourcen muss unterbunden werden.
- Die Entwicklungshilfe nicht für Rohstoffinteressen der EU zu instrumentalisieren und niemals militärische Mittel für die Deckung des Ressourcenbedarfs einzusetzen.
- Eine alternative Rohstoffstrategie zu entwickeln, die eine Umkehr von der auf Verbrauch und Konsum ausgerichteten Wirtschaftsweise hin zu einer gerechten Verteilung und nachhaltigen Nutzung der vorhandenen Ressourcen beinhaltet.



**WIE KANN ICH MICH AN DER  
KAMPAGNE BETEILIGEN?**

**Unter [www.attac.de/rohstoffraub](http://www.attac.de/rohstoffraub) und  
[www.medico.de](http://www.medico.de) finden sich weitere Informationen.**

**KONTAKT**

**attac – Münchener Straße 48 – 60329 Frankfurt  
Tel. +49 (0)69 600 28 110**

**medico international – Burgstraße 106 – 60389  
Frankfurt Tel. +49 (0)69 944 380**

# ZUM WEITERLESEN

> Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das Rundschreiben, die medico-Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: unter [www.medico.de](http://www.medico.de) finden Sie über „Kontakt Service Presse/ Publikationen und Material“ die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen.

**Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.**



## MEDICO-RUNDSCHREIBEN

(44 S.) Gegenperspektiven lesen: Wenn Sie mehr über unsere Arbeit und unser Partnernetz in Afrika, Asien und Lateinamerika wissen wollen, bestellen Sie unser medico-rundschreiben. Erscheint 4 x pro Jahr.



## MEDICO-JAHRESBERICHT 2010

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



## MIGRATION UND FLÜCHTLINGSSCHUTZ IM ZEICHEN DER GLOBALISIERUNG

(24 S.) Positionspapier von Pro Asyl und medico international zu Ursachen von Migration und Flucht, Kritik an der EU-Migrationspolitik sowie Forderungen für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Aufkleber 60 x 40 mm



Plakat DIN A2



Kampagnenmaterial:

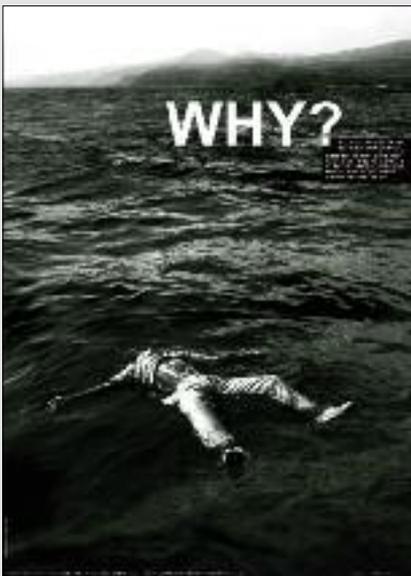
# AUF ROHSTOFFFRAUB

Flyer (8 Seiten)



Mit ihrer Rohstoffinitiative plant die Europäische Union den Zugriff auf die Bodenschätze der Welt – auf Kosten der Entwicklungsländer.

Plakat DIN A1



## WHY?

Das Plakat WHY? – *Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas* können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: Migration.



### DVD: „...DENN WIR LEBEN VON DER GLEICHEN LUFT“

Dokumentation einer besonderen Busreise. Im Vorfeld des 10. Weltsozialforums in Dakar (Senegal) fuhren ca. 230 Aktivist/innen aus Europa und Afrika von Bamako aus in einer einwöchigen Autobusreise entlang der innerafrikanischen Routen der Migration nach Dakar, um gegen das EU-Grenzregime und für die Rechte von Abgeschobenen zu protestieren. Jetzt ist die DVD zur Reise erschienen. Bestellbar bei medico.

# LITERATUR

## **Mali**

- Amnesty International 2008: Mauritanie: „Personne ne veut de nous“. Arrestations et Expulsions collectives de Migrants Interdits d'Europe.
- Fidh – Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme 2007: Gold Mining and Human Rights in Mali.
- IOM 2009: Migration au Mali. Profil National.
- IPPG 2010: „Leaving Farmers as Orphans“: Agricultural Privatisation and Reform of Farmer Organisations in Mali. Discussion Paper Series.
- Jul-Larsen, Eyolf/ Kassibo, Bréhima/ Lange, Siri/ Samset, Ingrid 2006: Socio-Economic Effects of Gold Mining in Mali. A Study of the Sadiola and Morila Mining Operations. CMI Report.
- Keita, Amadou et al. 2008: Legal Tools for Citizen Empowerment: Increasing Local Participation and Benefit in Mali's Mining Sector. London, IIED.
- Kohnert, Dirk 2008: EU-African Economic Relations: Continuing Dominance, Traded for Aid? GIGA Research Programme: Transformation in the Process of Globalization.
- Oxfam Briefing Paper 2007: Pricing Farmers out of Cotton. The Costs of World Bank Reforms in Mali.

## **Westsahara**

- Europäisches Parlament 2008: Bericht über Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung und die Auswirkungen der Ausbeutung bestimmter biologischer natürlicher Ressourcen durch die EU auf die Entwicklung in Westafrika (2007/2183(INI)).
- Human Rights Watch 2008: Human Rights in Western Sahara and in the Tindouf Refugee Camps.
- Western Sahara Resource Watch:  
[www.wsrw.org/index.php?dl=en](http://www.wsrw.org/index.php?dl=en)
- Fish elsewhere: [www.fishelsewhere.eu](http://www.fishelsewhere.eu)

## **Sierra Leone**

- Maconachie, Roy/ Binns, Tony 2007: „Farming Miners“ or „Mining Farmers“? Diamond Mining and Rural Development in Post-Conflict Sierra Leone. Journal of Rural Studies 23 (2007).

- Le Monde diplomatique Nr. 9089 vom 15.1.2010, Joan Baxter: Plantagen am Rokel River. [www.monde-diplomatique.de/pm/2010/01/15.monde-Text.artikel,a0041.idx,12](http://www.monde-diplomatique.de/pm/2010/01/15.monde-Text.artikel,a0041.idx,12)
- Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene 2010: Schmuck – Liebesbeweis, Broterwerb und Ausbeutung. Vom Rohstoff bis zur Ladentheke. Bonn.
- Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene 2008: Der härteste Stoff der Welt. Globaler Diamantenhandel von der DR Kongo und Sierra Leone über Indien nach Deutschland.
- Street Kids International and the Network Movement for Justice and Development 2010: One Day I Will Do Something Else. Realizing the Potential of Sierra Leonean Youth.

## **Land Grabbing**

- Brot für Alle/ Fastenopfer 2010: EinBlick. „Land Grabbing“ – die Gier nach Land. Der Wettlauf um Land verschärft den weltweiten Hunger.
- De Schutter, Olivier, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung 2009: Large-scale Land Acquisitions and Leases: A Set of Core Principles and Measures to Address the Human Rights Challenge. 11. Juni 2009.
- FAO 2009: From Land Grab to Win-Win. Economic and Social Perspectives. Policy Brief 4. Juni 2009.
- Fian International/ Habitat International Coalition 2009: Monocultures and Human Rights. Guide for Documenting Violations of the Right to Adequate Food and Housing, to Water, to Land, and Territory related to Monocultures for Industrial Agriculture Production.
- Grain 2009: The New Farm Owners. Corporate Investors Lead the Rush for Control over Overseas Farmland.
- Inkota Infoblätter Welternährung: Land Grabbing. März 2010.
- The Oakland Institute 2010: (Mis)investment in Agriculture. The Role of the International Finance Corporation in Global Land Grabs.
- World Bank 2010: Rising Global Interest in Farmland. Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits?



Warten im Transit. Migranten im Niemandsland der Wüste an der malisch-algerischen Grenze. Foto: Reuters

## IMPRESSUM :

Redaktion: Martin Glasenapp, Anne Jung,  
Judith Kopp  
Mitarbeit: Juliane Gross, Matthias Ihnenfeldt,  
Michael Janus  
Lektorat: Ramona Lenz  
Layout: ostpol

2011

medico international – Burgstraße 106  
60389 Frankfurt – Tel. +49 (0)69 944 380  
info@medico.de – www.medico.de

medico-Spendenkonto: 1800  
Frankfurter Sparkasse – BLZ 500 502 01



## Gesundheit – Soziales – Menschenrechte

### medico arbeitet... mit Partnern

Die Hilfe, die medico leistet, ist mehr als die Bereitstellung von Hilfsgütern in Notsituationen. Wir verstehen unsere Arbeit als Teil eines umfassenden sozialen Handelns, das die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit zum Ziel hat. Dabei geht es um eine solidarische und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Menschen, die für uns eigenständige Partner, keinesfalls aber bloße Hilfsempfänger sind. Ausgangspunkt sind die politischen und sozialen Ziele, die wir mit unseren Partnerorganisationen im Süden teilen.

### medico arbeitet... im Kontext

Wer die Ursachen für das Elend von Menschen nicht begreift, weil er wichtige politische und kulturelle Zusammenhänge ausblendet, kann auch nicht angemessen auf dieses Elend reagieren. Kriege und Notlagen fallen nicht vom Himmel. Sie haben Gründe, nach denen zu fragen ist. Ziel unseres Bemühens ist nicht allein die Linderung humanitärer Krisen, sondern deren dauerhafte Überwindung.

### medico arbeitet... für Veränderung

Jede Hilfe für Menschen hinterlässt Spuren, die weit über den Augenblick des Eingreifens hinausreichen. Deshalb bedarf Hilfe, die den Status quo überwinden will, einer gesellschaftspolitischen Vision von einer anderen, einer gerechteren Welt. Sie muss Strategien entwickeln, die die Wege dorthin aufzeigen. Für humanitäre Krisen gibt es keine humanitären Lösungen. Für uns ist Hilfe Teil eines sozialen Handelns, das für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Respektierung der Menschenrechte streitet und dies gemeinsam mit den Opfern von Not und Gewaltherrschaft.



medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main

Spendenkonto: 1800  
Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01

**medico international**